

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitionelle oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 143.

Dienstag, den 23. Juni 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein feiner Plan des Herrn v. Falkenhayn.

Wie schon kurz mitgeteilt, hat unser Chemnitzer Parteiblatt einen Kriegsminister-Erlaß mitgeteilt, der letzten Endes nichts anderes bedeutet, als sozialdemokratisch verdächtige Rekruten von vornherein der Deklassierung des Militarismus als Arbeitssoldaten auszuliefern. Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt: Der neue Kriegsminister v. Falkenhayn erwägt Reformen im Heerwesen, die als äußerst bedenklich angesehen werden müssen. Durch ein Rundschreiben hat er die Generalkommandos zu einer Äußerung darüber aufgefordert, ob es sich nicht empfehle, eine größere Anzahl von Soldaten in die sogenannten Arbeiter-Abteilungen zu stecken. Natürlich ist diese Anfrage bei den kommandierenden Generälen nicht publiziert worden. Die Bevölkerung hat ein umso größeres Interesse an der Angelegenheit, weil nicht ohne Grund zu befürchten ist, daß sie eines Tages durch eine neue militärische Anordnung bedenklicher Art überrascht wird. Besonders junge Arbeiter, die sich politisch oder gewerkschaftlich betätigt haben, könnten hart betroffen werden, wenn sie Soldat würden, falls sie vor ihrer Aushebung oder Einstellung eine, sei es auch ganz geringfügige Bestrafung erlitten hätten. Der Kriegsminister v. Falkenhayn hat bekanntlich in dem Fall unseres jungen Kölner Parteigenossen Stöcker erklärt, daß ein Sozialdemokrat nicht die erforderliche moralische Eignung für den Dienst als Einjähriger im Heere besitze. Danach kann man sich bei Herrn v. Falkenhayn auf allerlei gefaßt machen. Deshalb ist auch der erwähnte Erlaß an die Generalkommandos geeignet, ernste Besorgnisse hervorzurufen, der in seinem ersten Teil lautet:

„Es ist hier angeregt worden, Leute, die wegen bestimmter Vergehen und Verbrechen vorbestraft sind, von vornherein als Arbeitssoldaten auszuheben oder eine Erweiterung der den kommandierenden Generälen durch Allerhöchste Kabinetts-Order vom 8. Dezember 1877 beigelegten Befugnis zur Einstellung von Mannschaften in die Arbeiter-Abteilungen herbeizuführen.“

Um zunächst einen Anhalt dafür zu gewinnen, in welchem Umfange die Zahl der in Arbeiter-Abteilungen zu verkehrenden oder als Arbeitssoldaten auszuhebenden Mannschaften bei Berücksichtigung der Anregung anwachsen würde, sind nachstehende Angaben von Wert:

1. Für welche von den im Jahre 1911 ausgehobenen, bei der Truppe verbliebenen Mannschaften wäre im Verlaufe ihrer Dienstzeit die Einstellung in eine Arbeiter-Abteilung mit Rücksicht auf ihr Verhalten wünschenswert geworden. Weshalb ist ihre Einstellung nicht erfolgt?

2. Für welche von den in den Jahren 1911 bis 1913 eingestellten Mannschaften wäre nach ihrer ganzen Vergangenheit auf Grund ihrer Vorstrafen im bürgerlichen Leben und ohne Berücksichtigung ihrer späteren Führung bei der Truppe von vornherein die Aushebung als Arbeitssoldaten im Interesse der Truppe erwünscht gewesen?

Zu Frage 3 bemerkt das Kriegsministerium: Es muß zugegeben werden, daß unter den jetzigen Verhältnissen manche Leute zur Einstellung gelangen, die eine Gefahr für die Truppe bilden. Oft kann man den anderen Söhnen des Volkes ein enges Zusammenleben mit diesen Elementen kaum zumuten. Viele können durch ihren schlechten Einfluß auf die Kameraden einen unberechenbaren Schaden anrichten.“

Wohlgemerkt, es handelt sich keineswegs nur um Erwägungen, wie verbrecherische Elemente von den jungen, unverdorbenen Soldaten ferngehalten werden, sondern Herr v. Falkenhayn hat auch Leute im Auge, die „wegen bestimmter Vergehen“, als irgendwelcher leichten Straftaten, zur Bestrafung gelangt sind.

Man muß den Kriegsminister über die Sozialdemokratie haben reden hören, um wissen zu können, daß er die sozialdemokratische Betätigung als das ärgste aller Uebel ansieht. Bis jetzt kämpft er nur gegen die sozialdemokratische Presse mit Strafandrohungen, und sozialdemokratisch gesinnte junge Leute, die den Berechtigungsschein zum einjährigen Dienst erworben haben, klemmt er zu moralisch minderwertigen, die deshalb zwei oder drei Jahre dienen sollen. Da er scheint es sehr nahelegend, daß ihm daran gelegen ist, eine Handhabe zu erlangen, um junge Sozialdemokraten, die bestraft worden sind, aus dem Heere insoweit fernzuhalten, daß sie in die Arbeiter-Abteilungen gesteckt werden. Natürlich wird

eine solche Absicht nicht offen eingestanden werden. Herr v. Falkenhayn ist sich sowieso darüber klar, daß es nicht ganz leicht sein wird, mehr Menschenmaterial für die Arbeiter-Abteilungen zu erhalten. Er befehlt die kommandierenden Generäle darüber wie folgt:

Aber eine Erweiterung der Befugnisse, Mannschaften als Arbeitssoldaten auszuheben, würde kaum anders als auf gesetzlichem Wege sich herbeiführen lassen. Ob ein solcher Versuch zum Ziele führen würde, erscheint fraglich, weniger weil an sich die für eine solche Regelung sprechenden Gründe nicht einleuchtend wären, als vielmehr weil es sehr schwer sein wird, eine einwandfreie Fassung für das Gesetz finden. Wird als Vorbedingung, unter der die Aushebung als Arbeitssoldat erfolgen muß, etwa die vorhergegangene Bestrafung wegen bestimmter Verfehlungen und mit einer bestimmten Mindeststrafe festgesetzt, so würde das zu großen Härten führen können. Denn es gibt wohl nur wenige Fälle, bei denen man aus solchen Bestrafungen auch nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit darauf schließen könnte, daß eine Einstellung in die Truppe die oben gekennzeichneten Uebelstände herbeiführen würde. Auch bleibt zu bedenken, daß selbst schwer vorbestrafte Menschen durch die Schule des Heeres dauernd gebessert werden können, während auf eine solche Besserung bei Leuten, die als Arbeitssoldaten ausgehoben werden, kaum gerechnet werden kann. Während also vielleicht manche Ausgehobenen ohne zwingende Notwendigkeit in eine Arbeiter-Abteilung eingestellt werden müßten, so würde andererseits eine solche gesetzliche Bestimmung unter Umständen doch noch nicht ausreichen, die Truppe vor dem engen Zusammenkommen mit verworfenen Elementen zu bewahren. Ueberläßt man aber innerlich gewisser gesetzlicher Grenzen die Anordnung, wer als Arbeitssoldat auszuheben sei, in jedem einzelnen Falle dem Ermessen der Ober-Erlaßkommission, so erscheint dies auch nicht unbedenklich, schon weil sich wohl sicher bald eine erhebliche Verschleidenheit in den Ansichten und in der Handhabung der Bestimmungen herausbilden würde. Es wird also der Weg einer gesetzlichen Abänderung nur beschränkt werden dürfen, wenn sich herausstellt, daß die Bestimmungen der A. R. O. vom 8. Februar 1887 — oder nötigenfalls auch deren Erweiterung — zur Befestigung der jetzt vorhandenen Uebelstände nicht ausreichen.“

Der Zweck der Rundfrage scheint danach zu sein, das erwünschte Material zu einer Erweiterung der Kabinettsorder vom 8. Februar 1887 zu erhalten. Unter Ausschaltung des Reichstages soll den kommandierenden Generälen die Befugnis verliehen werden, auch wegen eines „Vergehens“ bestrafte Soldaten, von denen sie fürchten, sie könnten durch „ihren schlechten Einfluß“ auf die Kameraden „Schaden anrichten“, zu Arbeitssoldaten zu machen, d. h. in die Gesellschaft von allerlei Verbrechern zu stecken.

Wir glauben, daß Wachsamkeit notwendig ist!

Soweit unser Chemnitzer Parteiblatt. Es ist wirklich ein Plan, eines Falkenhayn vollkommen würdig. Bisher war wenigstens noch ein Gerichtsverfahren notwendig, um einen Soldaten zur Arbeiterabteilung zu bringen und wenn es auch nur die Militärjustiz war, es waren doch immerhin, wenn auch sehr bedingte „Rechtsgarantien“. Nach dem vorliegenden Plan aber sollen „bestimmte Vergehen“ allein schon genügen, um Soldaten lediglich durch den Willensakt des kommandierenden Generals von vornherein der militärischen Deklassierung auszuliefern. Dabei muß man in Betracht ziehen, die unbestimmte Fassung „wegen bestimmter Vergehen“, und zugleich daran denken, wie leicht und schnell für einen Arbeiter eine Bestrafung wegen politischer oder gewerkschaftlicher Betätigung eintreten kann, um die ganze folgenschwere Bedeutung dieser neuesten Aktion des neuesten Kurses zu erfassen. Man wird dann über ihren Zweck durchaus nicht im Zweifel sein, fügt sich doch die geplante Maßregel so wunderbar herrlich in die derzeitige blindwütende Verfolgungsmante der herrschenden Klasse ein. Um so schärfer hat die Arbeiterklasse auf dem Posten zu sein und diesen Bestrebungen der Reaktion auf allen Gebieten mit noch größerem aufgepeitschtem Eifer durch intensive Ausdehnung und Ausbildung aller Organisationsformen diesem neuesten Kurs des weißen Schreckens den Kampf bis aufs Messer anzusagen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Teilung des Reichsamts des Innern.

Das Reichsamt des Innern, dem der augenblicklich in Urlaub weilende Staatssekretär Dr. Delbrück vorsteht, soll mit Arbeiten so überlastet sein, daß sich eine Teilung dieses Amtes auf die Dauer nicht werde umgehen lassen.

Wenn die Zunahme der Arbeiten, wie bisher sich steigere, so werde dies dazu führen, daß ein eigenes Reichsamt für Sozialpolitik geschaffen werden müßte.

Gesetzliche Regelung des Geld- und Kreditwesens.

Nach einer politischen Korrespondenz ist der Präsident der Reichsbank kürzlich an die Großbanken mit bestimmten Vorschlägen in bezug auf die Bereitstellung größerer Barreserven herangetreten. Die Ursache für diesen ungewöhnlichen Schritt sei darin zu suchen, daß seine seit Jahren erhobenen Mahnungen nicht ausreichend beachtet worden sind. Gesetzgeberische Maßnahmen werden zwar auch in Zukunft unterbleiben. Falls sich aber die Erwartungen nicht erfüllen sollten, so werde man damit rechnen müssen, daß die Reichsregierung entschlossen sein wird, auf dem Wege der Bankgesetzgebung in die Entwicklung des Geld- und Kreditwesens einzugreifen.

Der Kronprinz reist doch nach den Kolonien.

Nach einer Meldung des „Deutschen Kurier“ wird die bereits früher geplante Reise des Kronprinzen nach den Kolonien Anfang nächsten Jahres vor sich gehen. Es handelt sich nur noch um die kaiserliche Zustimmung, daß die Kosten für die Reise vom Reichstag eingefordert werden. Wenn alles glatt geht, dürfte die Reise Anfang 1915 angetreten werden. Die Reichstagsmehrheit wird kaum wagen, nein zu sagen.

Polizeiangst im liberalen Musterlande.

Der Protestversammlung gegen das Frankfurter Urteil, welche am 7. März in Freiburg i. B. stattfand und in der Genossin Rosa Luxemburg referierte, ist folgender Briefwechsel zwischen der Freiburger Polizeibehörde und dem badischen Ministerium des Innern vorausgegangen, welchen der bekannte günstige Wind der „Freiburger Volkswacht“ auf den Tisch geweht hat:

„Schreiben des Großherzogl. Bezirksamts in Freiburg.“

An den Großh. Minister des Innern: Wir beabsichtigen, im Hinblick auf die Person der Rednerin die Versammlung überwachen zu lassen, würden es aber auch für zweckmäßig halten, die Rede stenographisch aufnehmen zu lassen. Da unserer Ansicht nach nur ein ganz gewandter Stenograph verwendet werden sollte, ein solcher uns aber unter unseren Beamten nicht zur Verfügung steht, so bitten wir geziemend um die Erlaubnis, einen Stenographen für die erwähnte Versammlung bestellen zu dürfen.“

„Schreiben des Großh. Bad. Ministeriums des Innern vom 4. März.“

An das Großh. Bezirksamt in Freiburg. Die beantragte Ermächtigung wird erteilt. Die Kostenrechnung ist zur Zahlungsanweisung hierher vorzulegen. gez. Bodmann.“

Die engagierten Privat-Stenographen verlangten pro Stunde den Satz von 20 Mk., der ihnen auch bezahlt wurde. Aber die Fürsorge der Polizei ging noch weiter, wie der Bericht des Leiters der Freiburger Polizei beweist:

„Bericht des Bezirks-Amtmanns Freiherrn v. Dusch.“

Uniformierte Polizeibeamte wurden in den Saal nicht mitgenommen, dagegen zwei Fahnder in Zivil, von denen der eine im Saal nahe dem Ausgang zur Wirtschaft lag. Dieser hatte die Aufgabe, nötigenfalls durch das Wirtschaftstelephon die Hauptwache zu avertieren. Der zweite Fahnder saß hinten im Saal am Haupteingang, er sollte, wenn die Versammlung einer etwaigen Auflösungsanordnung nicht Folge leistet, den Chargierten und Schutzmännern (in Uniform) die vor der Hauptthalle standen, avertieren, damit diese sich sofort durch den Seiteneingang (Hausmeisterwohnung) zur Verfügung des Polizeipräsidenten begeben.“

Sodann sollte der Fahnder auf seinem Kab., das er draußen vor der Stadthalle stehen hatte, nach der Hauptwache fahren, um diese zu avertieren, für den Fall, daß die Benachrichtigung durch das Telephon nicht funktioniert. Auf der Hauptwache waren 20 Mann unter dem ersten Polizeikommissar versammelt.“

Es war also alles vorbereitet, damit das liberale Musterlande nicht von der Revolution überrascht wurde. Aber ganz umsonst war diese Fürsorge nicht, denn der Prozeß, der am 29. Juni in Berlin verhandelt wird, stützt sich auf die Rede, die Genossin Luxemburg in Freiburg gehalten hat.

Die eine reaktionäre Fronde.

Der Antrag der Freiköniglichen, der die preussische Regierung auffordert, Maßnahmen gegen einen sozialdemokratischen Massenstreik um Erzwingung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen, zu ergreifen, bildet nach einer Mitteilung des „Deutschen Kurier“ selbstverständlich bei den verantwortlichen Stellen den Gegenstand ernstester Erwägungen. Es wird betont, daß die Zentralstellen im Reich

Verammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 22. Juni.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 30 Min. vom ersten Wortführer Dr. Benda eröffnet.

Eingegangen ist eine Eingabe des Reichsverbandes reisender Gewerbetreibender Deutschlands, die um erweiterte Verkaufsmöglichkeiten beim Weihnachtsmarkt bitten. Ebenso eine Resolution über den freien Verkauf auf dem Hochseifenwerk.

Der Senat ist dem Bürgerchaftsbeschluss, 7 etatsmäßige Gerichtsdienststellen zu errichten, beigetreten.

1. Antrag: Ankauf des Grundstücks Schildstraße 12/14 durch den Lübeckischen Staat und Verkauf eines Areals aus dem Grundstück Schildstraße 8, 10 an den Kaufmann Johannes Draht.

Schulmerich fragt, welche Kosten hierfür erforderlich sind, und um welche Steuern es sich handelt.

Senator Rabe (fast unverständlich) erklärt von Steuern sei keine Rede.

Böbs erucht um nähere Auskunft, wozu das Grundstück jetzt schon gebraucht werden soll.

Senator Rabe erklärt, ein bestimmter Zweck liege vor, doch werde dadurch die Erweiterungsmöglichkeit der nebenanliegenden Schule geboten. Der Preis sei billig.

Böbs ist von der Auskunft nicht befriedigt und lehnt die Vorlage ab.

Senator Rabe betont die günstige Kaufgelegenheit, die sich sobald nicht mehr bieten würde.

Dr. Langenheilm erkennt die Vorlage für berechtigt an, die so notwendige Ausdehnung der Schule werde dadurch gewährleistet.

Dr. Görh begrüßt es, daß sich die Behörden rechtzeitig um die notwendigen Grundstücke kümmern und sie ankaufen, auch wenn sie im Augenblicke nicht verwandt werden können.

Böbs möchte den Bürgerchaftsmitgliedern Gelegenheit verschafft wissen, durch die sie erfahren, wie es mit den Häusern in der Kaiserstraße stehe. Jener Platz sei mehr wert, als der Ankauf alter Giebel.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

2. Antrag: Errichtung der Stelle eines Polizeilektors. (4000-6000 M Gehalt.)

Klein hebt die Vermehrung der Schutzmannschaft um 49 hervor und die dadurch vermehrte Bureauarbeit des Polizeihauptmanns. Das geforderte Gehalt für den Polizeileutnant sei viel zu hoch. In Preußen würde dieser Posten inklusive Wohnungsgeldzuschuß nur 5200 M erfordern. Für die neue Stelle käme nach der Vorlage nur ein Herr mit längerer Offizierslaufbahn in Betracht. Um aber selbständige Berichte usw. anzufertigen, brauche es nicht eine solche Kraft zu sein, das könne auch ein Polizeisekretär. Die Vertretung des Polizeihauptmanns sei bisher schon und für längere Zeit von einem Kommissar gut erfolgt. Auch um die Disziplin hochzuhalten, sei kein Offizier notwendig. Werde der Polizeileutnant gar noch beritten gemacht, werde sich der Kostenpunkt noch weiter erhöhen.

Löwigt: Wir stimmen dem Senatsantrage nicht zu, wie wir auch die Anträge auf Vermehrung der Schutzmannschaft, die in letzter Zeit die Bürgerchaft beklagtesten, abgelehnt haben. Aus der Begründung der Vorlage geht nach meinem Dafürhalten der Wunsch hervor, daß nicht nur ein neuer Polizeileutnant oder wie es heißt Polizeilektors angestellt wird, sondern auch die Zahl der Wachtmeister zu vermehren. Es wird immer betont, daß in andern Städten so viel Wachtmeister vorhanden sind und in Lübeck nur eine so geringe Zahl. In der Bürgerchaft wurde mit Recht immer betont, man solle sich hüten, neue Beamtenstellen zu schaffen, wenn keine zwingende Notwendigkeit vorliegt. Hier wird wieder eine neue Stelle geschaffen, ohne daß eine zwingende Notwendigkeit zu erkennen ist. Auch ich bin der Meinung des Vorredners, daß die Vertretung wie bisher ausgeübt werden kann. Das Polizeiamt hegt den Wunsch, nach preussischem Muster zu reformieren, Preußen hat Polizeileutnants, deshalb müssen wir ihn also auch haben. Die Schutzleute um 49 zu vermehren, war absolut unnötig, wir haben uns damit dauernde Ausgaben auf den Hals geladen, die wir nicht nötig hatten. Ist denn wirklich in Lübeck die Unsicherheit so groß geworden? Ich bestreite dies. Für alles haben die Brandstiftungen zur Begründung dienen müssen; wären diese nicht gewesen, würden wir die 49 Schutzleute auch nicht gebraucht haben. Der Fluß der bösen Tat zeigt sich hierin, daß wir jetzt neue höhere Beamte anstellen sollen. Dabei wird durch die Forderung des Polizeiamts kein Abschluß erreicht, es wird schon noch mehr kommen. Ich bin der Ansicht, wenn man wirklich die Stelle für notwendig erachten sollte, dann ist es nicht erforderlich, daß ein gewesener Offizier angestellt wird. Die Disziplin würde gewiß nicht leiden, wenn der Herr, der den Posten erhält, nicht aus dem Offiziersstand hervorgeht. Aber es würde nicht zu dem ganzen System passen. Wir lehnen die Vorlage ab, weil wir der Meinung sind, daß hier nicht die eine Hälfte der Einwohner unter polizeilicher Aufsicht der anderen stehen muß. Die jetzige Aufsicht ist mehr wie ausreichend, eine Vermehrung brauchen wir nicht. (Zustimmung bei den Sen.)

Senator Dr. Neumann: Hätte das Polizeiamt mit der Vermehrung der Schutzmannschaft gleichzeitig diesen Posten beantragt, wäre er ohne weiteres mitgegeben worden. Der Antrag wurde nicht gestellt, weil das Polizeiamt glaubte, mit Rücksicht auf die Finanzen vorläufig so auskommen zu können. Nachdem nun ein Jahr lang Erfahrungen gesammelt sind, geht es nicht mehr anders. Die Gründe dafür kann ich hier nicht in aller Öffentlichkeit anführen. Es handelt sich also nicht nur um einen Versuch des Polizeiamtes, eines nach dem andern durchzuführen. Die Verhältnisse sind in allen Städten verschieden und auch die Gehaltsätze. Das Gehalt für den Vertreter und Gehilfen des Polizeihauptmanns müssen wir schon mit Rücksicht auf das Gehalt der Kommissare so hoch bemessen. Ein Polizeisekretär könnte wohl den Hauptmann in einigen Sachen entlasten, aber es kommt nicht allein darauf an, den Hauptmann im Bureaudienst zu entlasten, sondern auch im Außendienst, deshalb müssen wir einen gleichwertigen Beamten anstellen. In gewissem Umfang konnte auch der Kommissar eine Vertretung übernehmen, aber noch lange nicht in allen Geschäften. Bemängelt wurde im Kommissionsbericht, daß nur ein Polizeileutnant die Disziplin hochhalten könne. Es wurde der frühere Polizeihauptmann als Beweis angeführt, aber bei diesem hat es sich um eine ausnahmsweise tüchtige Persönlichkeit gehandelt und es ist zweifelhaft, ob wir mit dem gleichen Vorgehen dasselbe gute Resultat erzielen würden. Nur ein Herr mit längerer militärischer und praktischer Polizeidienstzeit kann in Frage kommen. Es wird der höchste Maßstab angenommen und harte Auswahl getroffen. Besondere Kosten entstehen durch das Berittenmachen nicht. Ich kann dem zweiten Vorredner die Versicherung geben, daß dieses nicht der Anfang von weiteren Forderungen in bezug auf die Wachtmeister ist. Die Mehranstellung der Schutzleute ist eine vollendete und notwendige Tatsache. Sie ist nicht lediglich auf die Brandstiftungen zurückzuführen, wenn auch diese mit der

und in Preußen schon seit einer Reihe von Jahren dem Studium dieser Fragen die größte Aufmerksamkeit schenken und wiederholte Regierungskundgebungen auf die steigende sozialdemokratische Gefahr hingewiesen haben.

Dann heißt es in der Notiz des „Kurier“ weiter: „Der erste Schritt der Regierung wird eine Denkschrift sein, die im Herbst d. J. dem Reichstag vorgelegt werden wird. In dieser Denkschrift, an deren Ausarbeitung jetzt gearbeitet wird, werden alle mit Arbeitsstellungen, Massenstreiks, Sympathiestreiks und sozial-wirtschaftlichen Kämpfen überhaupt zusammenhängenden Fragen eingehend behandelt werden und Mittel und Wege zur Erörterung gelangen, um Mißständen entgegenzutreten. Ob der Reichstag auf Grund dieser Denkschrift gesetzliche Maßnahmen als erforderlich ansehen wird, bleibe dahingestellt, kann aber angesichts der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags als nicht sehr wahrscheinlich angesehen werden. Es wird die Frage zu entscheiden sein, ob man durch eine Novelle zum Strafgesetzbuch oder zur Gewerbeordnung ein sofortiges gesetzliches Einschreiten für nötig hält oder abwarten will, bis das neue Strafrecht im Reichstag zur Beratung gelangt. Bekanntlich ist die Einbringung dieses umfangreichen Gesetzes für das Jahr 1917 in Aussicht genommen. Sein Inkrafttreten ist vielleicht in sechs Jahren zu erwarten. Schon in dem Vorentwurf sind die Bestimmungen über Bedrohung, Nötigung und Körperverletzung (Arbeitswilligen) berathen worden und ausgedeutet worden, daß diese Bestimmungen, falls sie einmal Gesetz werden sollten, eine ausreichende Handhabe bieten dürften, um die Propaganda eines revolutionären Massenstreiks zu verhindern. Eine Abänderung der Gewerbeordnung zum besseren Schutz der Arbeitswilligen ist von mehreren Bundesregierungen schon verlangt worden, und die Reichsregierung sammelt über diese Fragen Material. Noch vor Zusammentritt der Parlamente wird man sich darüber schlüssig machen, ob und welche Vorschläge den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten sein werden, oder aber, ob es der Initiative des Reichstages überlassen bleiben soll, auf Grund der Denkschrift selbst Maßnahmen zu verlangen.“

Während also die Regierung sucht, allen Wünschen der Reaktionsrechnung zu tragen und der Arbeiterbewegung Fesseln anzulegen, kommen auf der anderen Seite die Scharfmacher mit Peitschenhieben auf den Magen des Proletariats. Keinerlei tarifliche Zugeständnisse sollen in Zukunft mehr gemacht werden, das scheint die Parole zu werden. Die am Montag in München tagende Generalversammlung des Unternehmerschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe faßte einstimmig folgende Entschließung: „Die Vertreter der Arbeitgeber aus den Städten, deren Tarifverträge mit den Arbeitnehmern in den Jahren 1914 bis 1916 ablaufen, sind einstimmig der Ansicht, daß die Grenze der Möglichkeit, den Arbeitnehmern Zugeständnisse zu machen, bereits überschritten ist. Sie werden deshalb eher die Konsequenzen einer Ablehnung tragen, als weitere Forderungen bewilligen. Diesem einstimmigen unumstößlichen Beschluß der Städtevertreter tritt der Arbeiterschutzbund für das deutsche Holzgewerbe bei und ist der tatkräftigen moralischen und materiellen Unterstützung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und damit der gesamten Arbeitgeberchaft Deutschlands sicher.“

Es kommt bei all diesen Maßnahmen immer auf die Arbeiterschaft selbst an. Sind die Arbeiter einig genug, um diese Schläge parieren zu wollen, so können sie dies! Gegen eine einmütig zusammenstehende Arbeiterschaft kann auch der Teufel nichts machen. Darum muß die Arbeiterschaft aus diesem gegnerischen Kesseltreiben die Konsequenzen ziehen und sich immer fester zusammenschließen.

Italien.

Bei der Erziehung in Turin an Stelle des verstorbenen sozialistischen Deputierten Bay, erhielt der Sozialist Bonetto 9444, der Nationalist Devion 6589 und der Liberale Panis 3074 Stimmen. Es findet also Stichwahl statt zwischen Bonetto und Devion.

Nach dem Generalstreik. Wie vorausgesehen, wolle nun die italienischen Gewalthaber Rache nehmen wegen des Generalstreiks, der sie einige Tage hindurch zittern ließ. Selbstverständlich sucht man zunächst die „Kabelströmer“ zu fassen, obwohl es bei dieser spontanen Erhebung wirklich keine andern Urheber gab, als die uniformierten Mörder von Ancona und vorher schon in andern Orten. Gegen den Anarchisten Enrico Malatesta, den Herausgeber des Anarchistenblattes „Solonta“, wurde ein Haftbefehl erlassen wegen Artikel 118 des Strafgesetzes, der die Vorbereitung des gewalttätigen Umsturzes der Verfassung mit Gefängnis nicht unter zwölf Jahren bestraft. Malatesta ist ins Ausland entkommen. Weiter wurden Haftbefehle erlassen gegen zahlreiche Teilnehmer an der Bewegung, insbesondere in der Romagna. Mit besonderem Eifer werden die Sünder wider den heiligen Militarismus verfolgt, nämlich jene Arbeiter, vor denen der General Agliardi kapitulierte.

Albanien.

Der Waffenstillstand. Die albanische Regierung hat den türkischen einen dreitägigen Waffenstillstand bewilligt hat, um deren Führer Gelegenheit zur Besprechung der Lage zu geben. Aus Durazzo wird gemeldet: Der Sonntag ist ruhig verlaufen. Der Ministerpräsident Turhan Pascha begab sich mit zwei Parlamentären nach Schiak und kehrte nach einigen Stunden zurück. Aber das Ergebnis der Unterredung werden keine Mitteilungen gemacht. Es heißt, daß sie vollständige Amnesie angeboten und die Niederlegung der Waffen verlangt haben. Es scheint aber, daß die „Rebellen“ an ihrer Forderung der Entfernung des Fürsten, Fortsetzung vom Militärdienst und von der Steuerzahlung hartnäckig festhalten. Die Lage sieht also erüfter aus, als vor der Aktion, denn die von den Rebellen geforderten Bedingungen sind dieselben, eher vielleicht noch

stärker waren, dem künftigen Notwendigem abzuhelfen. Wir hätten andererseits den Holzhandel ruiniert. Viele Klagen über Unsicherheiten der Chausseen, der Waldungen und des Landgebietes sind bei allen Budgetberatungen vorgebracht worden, die endlich abgestellt werden mußten.

Aug. Pape verlangt Reformen, die die Bürgerchaft längst gefordert, auf die aber der Senat nicht reagiert habe. Die Arbeitsteilung im Polizeiamt sei unpraktisch, zu der Profanierung habe man zu viele Beamte beordert. Nach dem Senator Dr. Neumann sei nur ein höherer Beamter die geborene Autorität, es dauere keine 6 Wochen, dann werde ihm der Titel Leutnant verliehen. Redner fordert Kommissionsberatung.

Senator Dr. Neumann verteidigt die vorgenommenen Arbeiten; mehrere Beamte habe man zur Revision hinzugezogen, weil die betreffenden sich nachher um diese zu bekümmern hätten. Über Vorlagen des Senates dürfte kein untergeordneter Beamter zu Gutachten herangezogen werden.

Dr. v. Brocken: Im Interesse der Bürgerchaft darf nur mit den obersten Behörden über wichtige Fragen beraten werden.

Senator Dr. Fehling betont, es würde der Verfassung und Geschäftsordnung widersprechen, Kommissionen mit Beamten direkt verhandeln zu lassen.

Dr. Langenheilm tritt für die Vorlage ein. Der Polizeihauptmann müsse sich mehr dem Außendienst widmen können. Die Automobile bedürften größerer Aufsicht, die Signale und die Gasentwicklung einer Änderung. Es gebe bei einzelnen Automobilen sogar solche starke Gasentwicklung, daß man die Nummer gar nicht erkennen könne.

Senator Dr. Neumann erklärt, daß es sich hier um keine Doppelbesetzung handle, sondern um gegenseitige Ergänzung der Geschäfte.

Senatsvorlage und Kommissionsberatung werden abgelehnt.

3. Antrag: Schaffung einer Kanzlistenstelle beim Stadt- und Landamte.

Wird endgültig angenommen.

4. Antrag: Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Wird nach Abänderungsanträgen von Dr. Käbler endgültig angenommen.

5. Antrag: Erlaß einer neuen Gebührenordnung für die Baupolizei.

Möller beantragt unter Ziffer 1, 2 und 3 die alten Sätze beibehalten zu lassen. Ein Institut wie die Baupolizei müsse selbstverständlich keine Kosten decken, aber bei kleinen Sachen, die an alten Gebäuden vorgenommen würden und die kleine Leute betrafen, dürfe man keine Erhöhung der Gebühren vornehmen.

Senator Dr. Neumann würde es für ungerecht halten, einige Positionen von der Erhöhung auszuschließen.

Wandke weist auf die beträchtlich höheren Gebühren in den Nachbarstädten hin und befürwortet auch hier die höhere Gebühr.

Böbs glaubt nicht, daß bei der schlechten Konjunktur die Bautätigkeit gehoben werde, wenn man die Gebühren hier um 100 Prozent erhöhe. Redner wünscht Kommissionsberatung und einen ausführlichen schriftlichen Bericht und stellt ferner ein Ersuchen an den Senat, den § 29 der Bauordnung einer Revision zu unterziehen.

Senator Dr. Neumann: Eine neue Kommissionsberatung kann Weiteres nicht erzielen, nachdem die Frage seit mehreren Jahren erwogen wird. Die höhere Belastung ist so geringfügig, daß sie die Bautätigkeit nicht beeinflussen kann.

Dr. Görh nimmt den Bürgerausschuß in Schutz, der im Interesse der Abklärung des Verfahrens und einer unnötigen Belastung einzelner Mitglieder mündlich berichtet habe. Jeder werde sich bei der Abstimmung völlig klar sein.

Lüth verteidigt die mündlichen Berichte. Die Erhöhung sei so minimal, daß sie jeder tragen könne.

Böbs wünscht schriftlichen Bericht bei so wichtigen Gegenständen, damit man darauf zurückgreifen könne. Die neue Belastung betrage 20 000 M.

Die Anträge von Möller werden angenommen, Kommissionsberatung wird abgelehnt. Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Auch das Ersuchen von Böbs findet eine Mehrheit.

6. Antrag: Erlaß eines neuen Gesetzes, betr. die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrdienste Erkrankten und Verunglückten, sowie deren Witwen und Waisen.

Käbler stellt ein Ersuchen, für Bürgerchafts- und Bürgerausschußmitglieder, bürgerliche Deputierte und Beamte, die in Ausübung ihrer Tätigkeit verunglücken, ein entsprechendes Gesetz zu schaffen.

Dr. Käbler stellt Abänderungsanträge, die wie das Ersuchen von Käbler angenommen werden. Die Senatsvorlage wird endgültig angenommen.

7. Antrag: Gewährung einer Vergütung an mehrere Beamte des Oberversicherungsamtes.

Wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

8. Antrag: Erlaß eines Gesetzes, betr. die Beiträge zum Wasserwerk, sowie die Herstellung, Unterhaltung und Abänderung von Privatwasserleitungen im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde.

Dr. Gilbert bringt eine Beschwerde vor. Die Jahresabonnements nach dem Privatfall seien in diesem Jahre aufgehoben, wodurch sehr viele geschädigt würden. Auch die 50 Arbeiter auf dem Privatfall würden geschädigt, die jetzt nicht den vollen Preis bezahlen könnten. Die auf dem Privatfall wohnenden Familien müßten für fünf Sommermonate jetzt bis 150 Mark Jahresgeld bezahlen, das in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen stünde. Die Arbeiter müßten jährlich 3000 Mark dafür aufbringen. (Der Redner wird unterbrochen, da der Gegenstand mit der Tagesordnung nicht in Verbindung stehe.)

Schulmerich fragt, ob es wörtlich zu nehmen sei, daß die Abgabe auch von denen zu entrichten sei, deren Grundstücke dem Wasserwerk nicht angeschlossen sind, aber doch Wasser aus der Leitung entnehmen. Ferner könne doch derjenige nicht bestraft werden, der Wasser vergeude und doch einen Wassermesser habe.

Senator Dr. Dienau: Wer über 600 Meter von der Leitung entfernt wohnt, sollte eben dort kein Wasser entnehmen, tut er es dennoch, so muß er die Abgabe bezahlen. Die gleiche Bestimmung haben wir auch hier. Die angezogenen Bestimmungen sollte man ruhig so lassen. Bestraft wird jede unnötige Wasservergeudeung, selbst wenn ein Wassermesser vorhanden ist, denn unsere Reservoire sind auf ein bestimmtes Quantum eingerichtet.

Grünau erinnert an die verschiedenen Wassergebühren in Travemünde und fordert einen einheitlichen Satz. Eine genaue Kontrolle über die Wasserentnahme sei an den Zapfstellen kaum möglich. Im Torpedobootshafen sei die so notwendige Wasserleitung, auch die Straßenbesprengung lasse in Travemünde zu wünschen übrig.

Senator Dr. Lienau sieht im Ganzen nur eine Umänderung der bestehenden Bestimmungen, die bisher unbeanstandet blieben.

Schulmerich verlangt präzisere ausgedrückte Bestimmungen, da nur eine Person in allem zu entscheiden habe. Redner beantragt, das Wort „regelmäßig“ einzuschalten.

Senator Dr. Lienau ersucht dringend, dieses Wortchen nicht einzufügen.

Der Antrag von Schulmerich wird abgelehnt, die Senatsvorlage mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Senator Straß geht auf die Ausführungen von Aug. Pape über das Allgemeine Krankenhaus in voriger Sitzung ein, in der er eine scharfe unerbittliche Kritik sieht. Das Ganze sei weiter nichts als ein Stadtklatsch. Von den Kosten sei in dem angezogenen Falle vorher nichts erwähnt worden, daß der Mann den Verband bezahlen müsse, sei selbstverständlich. Ueber dem Krankenhaus bleibe kein Schatten des Vorwurfs hängen.

Aug. Pape ist über die Auskunft befriedigt. Der Fall sei ihm seinerzeit so unterbreitet worden.

9. Antrag: Neubau zweier Zollhäuschen. Der Antrag wird endgültig angenommen.

10. Antrag: Beschaffung eines Motor- und eines Anhängewagens für die Straßenbahn (46 535 Mk.).

Bachmann ersucht, am Bahnhof einen Fahrplan der Straßenbahn anzubringen.

G. Ehlers: Es scheint mir, als wenn die Straßenbahndirektion mit den Fahrplankarten knidrig umgeht. Die Fahrpläne bleiben im Schranke liegen und die Geschäftsleute, die sich darum bemühen, bekommen nichts davon zu sehen. Es liegt doch nur im Interesse der Straßenbahn, wenn die Fahrpläne recht viel verbreitet werden. Allerhand Pläne werden den Geschäftsleuten angeboten, nur nicht von der Straßenbahn. Ich persönlich konnte keine Tabelle erhalten. Das ist doch eine verkehrte Politik. Die Straßenbahndirektion sollte Klame machen und vor allem auch den Geschäftsleuten die Fahrplankarten zukommen lassen, die sich darum bemühen.

Senator Straß behauptet, daß jeder sie bekommen habe, der darum bittet. Für diese Klame werden 1600 Mark ausgegeben. Aber mehr als vorhanden seien, könnten nicht verteilt werden. Im Schranke lägen nur wenige.

Niemann (Schlutup) ersucht um endliche Errichtung einer Wartehalle in Israelsdorf.

Senator Straß verspricht deren Errichtung, erst müßten noch einige Gleisverlegungen gemacht werden.

Thiele empfiehlt, die Fahrpläne für 5 Pfg. zu verkaufen, um die Verbreitung zu erleichtern.

Die Senatsvorlage wird endgültig angenommen.

11. Antrag: Ermächtigung der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zu Fahrpreiserhöhungen auf der Straßenbahn.

Aug. Pape warnt davor, die Festsetzung nur der Verwaltungsbehörde allein zu überlassen. Die Bürgerschaft sollte ihr Recht nicht preisgeben. Für heute sollte die Ermächtigung nur für Rückzug und Schlupf erteilt werden. Redner stellt einen entsprechenden Antrag.

Senator Straß ersucht diesen abzulehnen. Die Bürgerschaft verbege sich kein Recht.

G. Ehlers erkundigt sich beim Senat nach der zugesagten Antwort auf die Anfrage bei der Budgetberatung in bezug der Stimmzettelabgabe zur Bürgerschaftswahl. Die Bürgerschaft erwarte eine Antwort, da der Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden sei.

Wortführer Dr. Wenda: Das gehört nicht zur Sache. G. Ehlers erklärt unter großer Heiterkeit des Hauses damit zufrieden zu sein, da er seinen Zweck mit der Andeutung erreicht habe. Redner vertritt in dem Senatsantrag auch die Schwartauer Linie, die starken Zuspruch aufweise. Der Garantievertrag könne kein Hindernis mehr bilden. Ein Mißstand sei ferner, daß auf der Straße 12 keine Umsteigeberechtigung vorhanden sei. Dem Wunsche weiter Volkskreise sollte man jetzt endlich Rechnung tragen.

Senator Dr. Fehling: Ich habe die Antwort nicht vergessen. Bei der Beratung des Vorschlags hat sich Herr Ehlers nach dem Antrag des Herrn Löwig erkundigt. Es sind aber noch weitere Anträge von den Herren Heise und Pape eingegangen, die eine Verfassungskommission prüft. Wir werden rechtzeitig vor der nächsten Wahl mit Vorschlägen an die Bürgerschaft herantreten.

Senator Straß: Der Garantievertrag steht der Umsteigeberechtigung auf der Linie Schwartau im Wege.

Hent (Bülwisch) ersucht um die Annahme des Senatsantrages. Es sei nur zu begründen, wenn der Senat die Ermächtigung durchführe. Die Rückzüge Wagen sollten bis zum Geibelplatz durchgeführt werden.

Senator Straß: Das geht erst, wenn die Israelsdorfer Haltestelle umgebaut wird. Die Herrenbrücke bietet die größte Schwierigkeit.

Aug. Pape glaubt, daß die Obenburger Regierung für eine Vertragsänderung zu haben ist, da Schwartau von Ermäßigungen auch Vorteil hat.

Dr. Vangenheim hätte es vorteilhafter gehalten, in der Israelsdorfer Allee den Fußgängerverkehr auf den jetzigen Reitweg zu legen.

Senator Straß: Jene Gleisstrecke durch das Burgfeld war die gefährlichste und Abhilfe notwendig. Ein Fußgängerweg kann ja noch errichtet werden, er erfordert jedoch erhebliche Kosten.

Der Antrag von Aug. Pape wird abgelehnt. Der Senatsantrag endgültig angenommen.

12. Antrag: Gewährung einer Beihilfe an die Lübecker Badeanstalt.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit genehmigt.

13. Antrag: Uebernahme der Bürgerschaft für ein dem Lübecker gemeinnützigen Bauverein seitens der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte zu gewährendes Darlehn.

Böhs erkennt den gemeinnützigen Zweck des Bauvereins an, bittet aber trotzdem, die Vorlage abzulehnen. Der Staat dürfe einer einzelnen Person kein Darlehn in dieser Höhe gewährleisten. Der Staat sollte lieber privaten Unternehmern Darlehn geben und die Hergabe einer zweiten Hypothek bewilligen. Wenn der Bauverein eines Tages zu existieren aufhöre, müsse der Staat die Häuser auch übernehmen. Das vorhandene Terrain wäre geeignet, einzelne Arbeiter anständig zu machen, was auch für die Fabriken besser wäre. Der Staat sollte mit einer Vorlage kommen, die mehreren gerecht wird.

Senator Kalkbrenner ist überrascht, daß diese Vorlage in der Bürgerschaft noch auf Bedenken stößt. Hier bietet sich eine Möglichkeit, das Geld der Landesversicherungsanstalt den Arbeitnehmern zugute kommen zu lassen; andere Städte machten hieran noch weit mehr Gebrauch als Lübeck.

Hoff ersucht, die Vorlage anzunehmen und sich nicht durch Böhs beeinflussen zu lassen. Unsere Wünsche gehen viel weiter, wir wünschen, daß der Staat selbst Wohnungen baut. Die Tätigkeit des Gemeinnützigen Bauvereins kann man nur unterstützen. Es ist wirklich notwendig, daß Arbeiterwohnungen gebaut werden, denn nach dem Bericht des Statistischen Amtes standen nur 350 Wohnungen leer und davon waren kleine Wohnungen mit zwei Zimmern nur 67. Wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, führt es zu einer Katastrophe. Aus diesen Gründen müssen Sie der Senatsvorlage zustimmen. Meines Erachtens läuft der Staat kaum Gefahr, dabei ein Risiko übernehmen zu müssen. Im Gegensatz zu Herrn Böhs ist hervorzuheben, daß die Arbeiter mit einer erheblichen Unsicherheit des Arbeitsverhältnisses zu rechnen haben, die es ihnen schwer macht, sich an Grund und Boden zu fesseln. Sie können sich so viel leichter anderswo nach Arbeit umsehen. Die Befürchtungen von Herrn Böhs sind nicht zutreffend. Nehmen Sie die Vorlage einstimmig an.

Hahn pflichtet diesen Ausführungen bei und widerspricht Böhs, der von Kasernenbauten gesprochen habe. Es werde versucht werden, so gut es gehe, Abwechslung in die Bauten zu legen.

Böhs: Durch diese Bauten des Gemeinnützigen Bauvereins wird dem Wohnungsmangel nicht abgeholfen. Sobald dem Baugewerbe die Mittel zur Verfügung stehen, wird auch wieder gebaut werden. Wir sind in Lübeck für das Erbbaurecht noch nicht reif, wo soll der einzelne das Geld herbekommen?

Senator Dr. Kalkbrenner hebt hervor, daß der Senat die gewöhnlichen zweiten Hypotheken nicht aus dem Auge gelassen habe.

Die Bürgerschaft stimmt der Senatsvorlage mit großer Mehrheit zu.

Dr. Gilbert kommt auf die Fahrpreise nach dem Privatwall zurück. Das Abonnement auf der Kettenfähre sei keine Vergünstigung. Die Kassiererhäuschen hätten ihren Zweck auch verfehlt.

Senator Kalkbrenner sagt nochmalige Prüfung zu.

Grünau: Die Behörde kann dem Pächter keine Vorschriften machen, ob er Abonnements ausgeben will oder nicht.

Schluß 10 Uhr 20 Minuten.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.
Dienstag, 23. Juni.

Achtung, Schneider! Wegen Nichtanerkennung des in Schwartau eingeführten Lohn tariffs ist das Geschäft des Schneidermeisters Wand Schneider gesperrt. Kein organisierter Kollege darf dort in Arbeit treten!

In der Bürgerschaftsversammlung, die gestern abend im Rathause tagte, herrschte eine dumpfe Schwüle. Buchstäblich wurde im Schweige des Angefaßtes beraten und sogar einige bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt. Zunächst teilte der Senat mit, daß er dem Bürgerschaftsbeschlusse betreffend die Festsetzung der Gehälter der Gerichtsdiener und deren Aufnahme in den Etat beigetreten sei. Nachdem ohne erhebliche Debatte der Ankauf eines Grundstücks in der Schildstraße beschlossen war, gab es eine ausführlichere Erörterung über die geplante Anstellung eines Polizeileutnants oder wie der Bürgerausschuß ihn schüchtern betitelt, eines Polizeinspektors. Keiner der Redner konnte sich dafür erwärmen. Genosse Löwig wandte sich ganz entschieden gegen den Senatsantrag, aus dem die Sehnsucht nach einer noch weiteren Vermehrung der gehobenen Polizeibeamten herausklingt. Schon die Neuankommene der 49 Schutzeute sei nicht notwendig gewesen. Es sähne aber das Bestreben dahin zu gehen, die eine Hälfte der Bevölkerung allmählich unter die Aufsicht der anderen, beamteten zu bringen. Die Sozialdemokratie will das aber nicht und lehnt die Vorlage des Senates ab. Herr A. Pape führte dann auch ein hübsches Krätzchen von Polizeibureaucratie an. Herr Senator Dr. Neumann suchte in längeren Darlegungen vergeblich, die Vorlage vor dem Schicksal der Ablehnung zu bewahren. Eine ansehnliche Mehrheit brachte sie zu Fall.

Der Gesetzentwurf betr. den Erlaß einer neuen Gebührenordnung für die Baupolizei, der eine Gebührenerhöhung in sich schließt, gelangte mit einigen vom Genossen Möller beantragten Verbesserungen zur Annahme. Die Mitgenehmigung der Bürgerschaft erhielt in der von einer Bürgerschaftskommission, der auch Genosse Hoff angehört, beschlossenen verbesserten Fassung der Gesetzentwurf betreffend die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrdienste Erkrankten und Verunglückten sowie an deren Witwen und Waisen, der einem wirklichen Mangel abhilft.

Zwei Anträge des Senats, die sich mit Straßenbahnangelegenheiten befassen, gaben u. a. unserem Genossen Ehlers Veranlassung, für die Einführung der Umsteigeberechtigung nach Schwartau, sowie für die Abgabe von Fahrplankarten an Wirte und Geschäftsleute einzutreten. Zu begrüßen ist es, daß die Behörde gewisse Fahrpreiserhöhungen für Fernfahrten einführen will, die wir kürzlich im einzelnen anführten.

Die Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen bezweckt eine Vorlage des Senates auf Uebernahme der Bürgerschaft für ein dem Lübecker gemeinnützigen Bauverein seitens der Landesversicherungsanstalt der

Hansestädte zu gewährendes Darlehn. Vorgesehen ist dabei, daß der Staat dem Bürgerverein den Grund und Boden, auf welchem die Gebäude errichtet werden sollen in Erbpacht gibt. Genosse Hoff trat warm für den Antrag ein und betonte dabei, daß der in Lübeck bestehende Mangel an kleinen Wohnungen es eigentlich dem Staate zur Pflicht mache, selbst den Bau von Arbeiterwohnungen in die Hand zu nehmen. Der Senatsantrag fand dann auch eine fast einstimmige Annahme.

Von größerem Interesse war dann noch die Antwort, die Senator Dr. Fehling auf eine Anfrage des Genossen Ehlers erteilt, der sich nach der Stellungnahme des Senates zu dem von der Bürgerschaft angenommenen Ersuchen auf bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses bei den Bürgerschaftswahlen erkundigt hatte. Danach hat die Verfassungskommission des Senates sich damit zu beschäftigen und voraussichtlich noch im Laufe dieses Sommers entsprechende Vorschläge zu machen. Viel notwendiger ist allerdings die Einführung eines gerechten Wahlrechts, das in der Bürgerschaft den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt.

Eine Viertelstunde nach 10 Uhr war die Tagesordnung aufgearbeitet und dann verschwanden auch die Wenigen, die bis zuletzt in der Stille des Saales ausgeharrt hatten.

Strenge Gewitter, verbunden mit Regen und Sturm zogen gestern mittag und nachmittag über unsere Gegend. Von Blitzschlägen ist uns nichts bekannt worden. Bei der Waldschule soll ein Blitzschlag Bäume getroffen und die Kinder in Schrecken gesetzt haben. Ernsthafte Unfälle ereignet sich nicht.

Ein krummes Ei legte nicht etwa der Hahn, sondern ein zweijähriges Huhn des Arbeiters Sengbusch in Vorwerk. Das Ei hat eine so außerordentliche Form, daß beabsichtigt ist, es dem Museum zu überweisen.

Im **Stadthallen-Sommertheater** wurde gestern eine Novität, betitelt „Müllers“, gebracht. Der Verfasser Fritz Friedmann-Frederich brachte vor etwa 2 Jahren eine ähnliche Komödie heraus, die „Meyers“ hieß und auch ein Familienbild einer stark vertretenen Namensgattung darstellte. Auch „Müllers“ ist eine recht lustige Komödie. Der Inhalt ist zwar recht unwahrscheinlich, dabei etwas reichlich auf Situationskomik zugeschnitten und behandelt, ähnlich wie Meyers, Familienkonflikte. Die rein arischen Müllers heiraten in eine jüdische Familie, die Brauns, ein und daraus entstehen allerhand ergötzliche Bedenten, zumal auch adlige Müllers in die bürgerliche Namensvetterschaft einbringen wollen, aber an der neuen Verwandtschaft mit dem semitischen Blute Anstoß nehmen. Dazu kommen eine Reihe guter Witze und schnoddriger Bemerkungen, auf Spreethens Boden gewachsen, so daß das Publikum garnicht aus dem Lachen herauskommt. Es wurde recht flott gespielt und regten besonders Herr Heydecke als Haupt der bürgerlichen Müllers, dem Kommerzienrat „Hugo“ Müller und Herr Knörzer als Reichstagsabgeordneter Sally Braun hervor. Auch der Damen Martha Saltau, Hanna Joseph, Marietta Serina und der Herren Reiten, Weinlein und Grün sei lobend gedacht. Jedenfalls können wir den Besuch von „Müllers“ Freunden guten Humors nur empfehlen.

pb. Noheit. Festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der in einer Wirtschaft einen ebenfalls dort anwesenden Gast mit einem Bierglase auf den Kopf schlug, sodaß er besinnungslos zusammenbrach und dem Allgemeinen Krankenhaus übergeben werden mußte.

pb. Diebstahl. Am Sonnabend, dem 20. d. Mts., sind gegen Mittag aus einem in der Schwartauer Allee belegenen Hause ein ledernes, dunkelrotes, zum überklappen eingerichtetes Portemonnaie mit ca. 14 Mk. Inhalt und eine alte silberne Zylinderuhr mit gelber Metallkette abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In der Kette befand sich ein Medaillon, in dem sich die Photographie eines Mannes befand.

Sausa-Theater. Man schreibt uns: Das Lustspiel „Cheferien“, welches auch hier einen großen Erfolg hatte, wird Mittwoch wiederholt. Für die „Flachsman“-Aufführung am Freitag, die ja von Publikum und Presse als mustergültig bezeichnet wurde, gibt sich wieder ein großes Interesse kund. In der urkomischen Posse „Er und seine Schwester“ kommt auch der bekannte Akt vor, der im Publikum spielt. Der Heldentenor Björnsold wird sich auch Sonntag verabschieden und zwar mit Gesangseinlagen aus seinem Opernrepertoire, worin er seine herrliche Stimme zeigen kann.

Möln. Gewitterschäden. Ein heftiges Gewitter hat Montag nachmittag großen Schaden angerichtet. Durch Blitzschlag wurde in Köthel das Anwesen des Hufners Hubert in Mische gelegt. In Rehren stand eine große Viehscheune, des Kammerherrn v. Bülow in Flammen. Auf den Feldern wurden an mehreren Stellen Pferde und Kühe getötet.

Bömitz a. d. Elbe. Vom Blitz erschlagen. Bei einem Montag nachmittag aufgetretenen Gewitter hat der Blitz in das Haus des Schuhmachers Paul Selbding in Triptau eingeschlagen. Die alte Frau Selbding wurde sofort getötet, zwei weitere Personen wurden schwer gelähmt. Das Haus ist vollständig eingeschert worden.

Hamburg. Mord und Selbstmord. In einer Wohnung am Hofweg Nr. 24 spielte sich am Sonntag Abend eine Liebestragödie ab. Ein Arbeiter Franz Böttcher, geboren am 15. Februar 1886 in Gosenhof, hatte vor einiger Zeit das bei einer dort wohnenden Familie beschäftigte 20-jährige Dienstmädchen Emma Clemens kennen gelernt und mit ihm ein Verhältnis angeknüpft, das das Mädchen jetzt wieder lösen wollte. Am Sonntag Abend begab sich B., der wußte, daß die Herrschaft verheiratet war, nach der Wohnung und öffnete, da ihm nicht aufgemacht wurde, die Tür gewaltsam. Was dann weiter vorgegangen ist, konnte nicht festgestellt werden. Man fand später in der Wohnung das Mädchen mit durchschossener linker Stirnleite tot und Böttcher mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe bewußtlos auf. Die Leiche sowie der Verletzte wurden ins Pafentkrankenhaus geschafft. Böttcher, der verheiratet ist und von seiner Frau getrennt lebt, ist seinen Verletzungen erlegen. — Unter Schlägungen in Höhe von 90 000 Mk. hat sich der Klosterkammer-Reher des St. Johannis-Klosters aufzulösen kommen lassen. Es handelt sich um Gelder milder Stiftungen. Die Unterschlagungen liegen schon Jahre zurück und wurden bei einer Revision entdeckt. Reher will das Geld in seinem Hausstand verbräutet haben.

Hamburg. Beim Baden ertrunken. Beim Baden in der Elbe ertrank die zehnjährige Tochter des auf Kalkhofe wohnenden Schleusenwärters Desterreich. Zwei unbekannte Männer hörten die Hilferufe des dem Unfall zuschauenden jüngeren Bruders des Mädchens, eilten hinzu und rissen die Kleine aus dem Wasser. Angelegentlich überre-

Hebelungsversuche blieben jedoch erfolglos. — Am Sonntag nachmittag ertrank im Krupunder See bei Hassenbeck das 17jährige Mädchen Minna Hoffmann aus der Lindenallee in Hamburg, als es im See badete. Das junge Mädchen konnte nur noch als Leiche aus dem Wasser gezogen werden.

Altona. Ein Sittenverbrecher zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich Freitag der 27jährige vorbestrafte Schneider Johann Wegner aus Ahrensburg wegen schweren Sittensverbrechens zu verantworten. Der Bursche hatte Anfang Mai am helllichten Tage zwischen 6 und 7 Uhr abends zwischen Ahrensburg und Wulfsdorf auf der Hamburg-Altonaer Chaussee ein von der Tanzstunde heimkehrendes 17jähriges Schulmädchen angefallen und sich an dem Kinde schwer vergangen. Auf das Geschrei des Kindes eilte ein in der Nähe wohnender Landmann herbei und verfolgte den entfliehenden Täter, den er schließlich auch stellte. Nachdem die Geschworenen ihn schuldig gesprochen hatten, wurde der Angeklagte zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Glensburg. Feuersbrunst. Im nahen Dorfe Kreuz wurden Sonntag sieben Häuser eingäschert. Neun Familien, von denen zwei nicht, die übrigen nur gering versichert sind, wurden dadurch obdachlos. Die Bewohner schwelbten zum Teil in großer Lebensgefahr und retteten nur das nackte Leben. Von der Marinestation Altrik waren 200 Mann zur Hilfeleistung abkommandiert. — Der Amtsvorsteher als Dieb. Das Schwurgericht verurteilte Sonnabend den früheren Amts- und Ge-

meindvorsteher Chr. Lund aus Wogens wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Urkundenfälschung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Es standen drei Fälle von Unterschlagung und Fälschung zur Anklage.

Oldenburg. Vom Blitz erschlagen. Sonntag nachmittag um 6 Uhr wurde der Former Bernhardus Schaa aus Pengilsförde, als er in Augustfehn beim Torfragen beschäftigt war, vom Blitz erschlagen. Ein anderer bei ihm beschäftigter Mann kam mit dem Schrecken davon. Die Leiche wies starke Brandwunden auf. Der aus dem Leben Geschiedene hinterläßt Frau und neun Kinder.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.
Verleger: I. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee und Kommissionssitzungen

D. T. V.

Vorstands-Sitzung
am Mittwoch, dem 24. Juni
abends 8 1/2 Uhr.
Der Vorstand.

Die Geburt eines Töchterchens zeigen an (4980)
Herm. Burwitz und Frau.
Mischelbe 11.

Gesucht eine Frau zum Bauzeuigen in der Reckenstraße 8 bei der Waislinger Allee. Näh. dafelbit oder Travenmannstr. 39. L. L. (4974)

Ein Halbvalide sucht leichte Beschäftigung. Angebote unter K G S an die Exp. (4989)

Tüchtigen soliden Arbeiter
für Garten und Wald
sucht sofort.
von Viebahn, Schwartau.

Gutes Cognac mit Kaffee. Woche 2,50 Mk.
Ludwigsstraße 40. I. (4977)

Zum 1. Juli eine Wohnung in Borwerk, 2 Zimmer, Küche, Boden, fl. Stall, zu vermieten. Miete 200 Mk. (4987)
Näheres bei F. Leeke,
Borwerk, Bogenstraße 7.

Zum 1. Juli 2 leere Zimmer zu vermieten. (4978)
Thüfenerstraße 21. I.

Gesucht zum 1. Juli freundl. 2-3-Zimmer-Wohn., Nähe Wilhelmshöhe od. Borwerk. King. m. Preis unter B J an die Exp. d. Bl. (4986)

Ein gutes verzinsb. Haus in der Stadt billig zu verkaufen. Näheres in der Credition dieses Bl. (4788)

Schreibmaschine,
gebraucht, billig zu verkaufen.
(4972) Glockengießerstraße 7.

Eine fast neue schott. Karre zu verkaufen.
(4971) Kleine Peterstraße 4.

Guter Jacketanzug, Uniformrock, Regenrock, Trittnädm., Drehmangel, Fahrrad, Gasherd u. Fenster zu verk. (4981) Königsstraße 33. part. Flügel.

Gutgehende Handmaschine mit Rollen 5 Mk., 37. Hochmaschine 90 Pfg., Licht. Bettstelle 1 Mk. zu verk. (4979) Hundestraße 87.

Strahlender Kaffeetuben
zu verkaufen.
(4976) Krähensstraße 7, part. rechts.

Lege-Hühner
zu verkaufen.
(4982) Borwerk, Bogenstraße 16.

Zum Handharmonikaspielen auf Hochzeiten und Festlichkeiten (4975) empfiehlt sich
Fr. Böttger, Wafenhämmer 1642.

Käselager Huxstr. 83/85.
Diese Woche
Tilsiter Vollfett-Bruch
7/30 und 40 %
Alter Holländer sonst 7/1 Mk.,
jetzt 50 und 60 %
Nur Huxstraße 83/85.

Goethes Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickestr. 44
empfiehlt alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niedertlagen**
übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (126)

Heines Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Kränze
Buketts u. Girlanden
(127) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und
Dornestraße 16 a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Schillers Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

(4953) Kaufe jeden Posten
ausgekämmtes Haar.
Herm. Klempau,
Ludwigstr. 38 u. Unterstraße 20, II.

Visitkarten
— II. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :



Dem verehrlichen Publikum zur Kenntnisnahme, daß wir uns genötigt sehen, vom 1. Juli ab die Preise für nach diesem Termine einlaufende Eisabonnements um **25%** zu erhöhen. 4988
Fernsprecher 8999.

VERLAG VON HACHMEISTER & THAL IN LEIPZIG
Lehrmeister-Bibliothek
Preis pro Nummer nur 20 Pfennig!

Für geistig Vorwärtstrebende!

Nr. 33/35 **Wege zur Gedächtnis-meisterschaft**
110 Seiten. Preis 60 Pfg., geb. 1 M
Ein Werk von solch gehaltvoller Kürze fehlte uns noch. Der Verfasser hat trotzdem nichts von irgend welcher Wichtigkeit vergessen, ja wir können wohl sagen, daß er mehr und besseres bringt, als manche teuren Werke von 20 Mark und höher im Preise. Pommernschau.

Nr. 160 **• Wege zum Erfolg.** Preis 20 Pfg.
Eins der seltenen Büchlein, von denen man sagen kann: billig und doch gut! Die klaren, anziehenden Ausführungen sind ein „Hohes Lied des Willens“.

Nr. 88 **Wie entwickeln wir unsere Seelenkräfte?**
Preis 20 Pfg.
Ein hochinteressantes Werkchen, dessen aufmerksame Lektüre viel Anregung, manchen Aufschluß u. großen Nutzen bringt.

Nr. 287/288 **Anleitung zum logischen Denken**
Preis 40 Pfg.
Ein sehr wertvolles, leichtverständlich geschriebenes Buch für jeden gebildeten Menschen, der sich geistig weiterbilden will.

Nr. 318/319 **Wegweiser z. moralischen Handeln**
Preis 40 Pfg.
Ein zuverlässiger Berater in den wichtigsten Fragen der Lebensführung.

Obige 5 Bücher haben wahrhaft begeisterte Beurteilung erfahren, sie sind mit Recht als Perlen der Literatur für vorwärtstrebende junge Leute bezeichnet worden. Gleich gute Bildungsschriften sind bisher nur zu vielfach höherem Preise im Handel gewesen!

Für Sportfreunde aller Art!

Wandersport Nr. 231 - Technik des Wanderns 20 Pfg.
Nr. 205 **Alpine Wanderkunst** 20 Pfg.
Nr. 211 **Einf. Kochbuch** für Kinder, Wandervogel und Pfadfinder. 20 Pfg.
Nr. 105 **Wes. u. Gebrauch der Landkarten.** 20 Pfg.

SCHWIMMSPORT
I. Die 4 Schwimmartern
II. Tauchen u. Springen
Mit 108 Abb. Preis 60 Pfg.
Ein umfassendes, reich illust. Lehrbuch, das auf 217 Seiten mit 108 Abbildungen genaue praktische Anleitung erteilt. Baderegeln usw. wiedergibt.

Nr. 132 **• Fußballsport**
Genauere Anleitung mit 3 Abb. 20 Pfg.
Nr. 203/204 **Hockey.** Einführung, Regeln, Technik u. Taktik. M. 2 Abb. 40 Pfg.
Nr. 202 **Tennis.** Genauere Anleitung mit 2 Abbild. Preis 20 Pfg.

*** Sammelsport ***
Nr. 30/31 **Der Briefmarkensammler**
41 Abb. 40 Pfg., geb. 80 Pfg.
Nr. 124 **Die Käfersammlung**
Mit 10 Abbildungen 20 Pfg.
Nr. 137 **Die Schmetterlingsammlung**
Mit 10 Abbildungen 20 Pfg.
Nr. 104 **Pflanzen sammeln**
Mit 8 Abbild. 20 Pfg.
L. Anleitungen z. Sammeln, Z. Präpar., Ordnen usw.

Friedr. Meyer & Co., Lübeck.
Schulschreibhefte
mit den neuen Einaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Weberverfäuser erhalten hohen Rabatt.

Ansichts-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Mittsommernfest
Alkoholfreies Volks- u. Jugendfest
am Sonntag, dem 28. Juni 1914, nachmittags 3 Uhr
auf dem Flugplatz Israelsdorfer Allee.
4991

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Dienstag: **Großes Tanzkränzchen.**
Morgen Mittwoch: **Großes Tanzkränzchen.**



Achtung!
Bewerkschaftsfest
in Ahrensböf

bestehend in
Festzug, Festrede, Gesang, Preis-schießen, Regeln und Kinderbelustigung mit nachfolgendem Ball am Sonntag, d. 28. Juni im Gehölz Langendam. Abmarsch 2 Uhr von F. Stresses Gasthaus.

4416) **Das Komitee.**
Sozialdemokratischer Verein
Schwartau-Rensefeld.

Frauen-Versammlung
am Mittwoch, dem 24. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale d. Hrn. Hilprecht
(Gasthof Transvaal).
Um zahlreiches Erscheinen bittet
(4992) Die Vertrittensperson.

Stadthallen-Sommertheater.
Dienstag, den 23. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
Wiederholung der reizenden Operette
Wiener Blut.
Von Joh. Strauß.

Mittwoch, den 24. Juni
abends 8 1/2 Uhr:
Schlager allerersten Ranges!
Als ich noch im Flügelkleide.
Ein fröhliches Spiel von Rehm u. Fretsch.

Donnerstag, den 25. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
Zum letzten Mal das reizende
Schauspiel
Jettchen Gebert.
Von Georg Herrmann.
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarrenhandlung **Otto Borchert.**
Musikalienhandlg. **F. W. Kaibel.**
Rudolph Karstadt.
Dutzendkarten haben zu allen Vor-
stellungen Gültigkeit. (4985)

Hansa-Theater
Direktion Ernst Albert.

Heute Dienstag, den 23. Juni:
Zum letzten Male:
Das Farmerädchen.
Mittwoch, den 24. Juni:
Das vorzügliche Lustspiel
Eheferien.

Donnerstag, den 25. Juni:
Der Juxbaron.
Wurde Sonntag wieder mit
jubelndem Beifall aufgenommen.
Freitag, den 26. Juni:
Auf vielfachiges Verlangen
Flachsmann als Erzieher.
Flachsmann — Dir. Ernst Albert.
In Vorbereitung die urkomische
Gelangspöffe:
Er und seine Schwester.
Aufang stets 8 1/2 Uhr. (4984)

Charles Dickens'
ausgewählte Werke
in 2 Bände gebunden, enthaltend die Erzäh-
lungen: **Oliver Twist, Nikolaus Nickleby, Klein**
Derrit und verschiedene andere sind wieder
vorrätig. Preis 3 Mk.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Bilder aus der deutschen Industrie.

Im Erdölgebiet der Lüneburger Heide.

Dem Einen ist sie die unberührte Natur, das hohe Lied der Ursprünglichkeit, dem nächsten Anderen Reservoir ungehobener Kapitalgewinne, — heuer ging ich in die Lüneburger Heide, um die Spuren und Laten der sachlichen Geschäftsleute zu sehen, die sich von Schatzgräbern im Tage- und Wochenlohn Dividenden erhobren und erschöpfeln lassen.

Erdgeschichtlich betrachtet ist die Gesteinsunterlage der ganzen Lüneburger Heide ein von den Gletschern vorjüngstlicher Eiszeiten abgeschürftes und abgeschliffenes Gebirge. Das sommerliche Schmelzwasser der nach Norden und Süden wieder zurückweichenden Schneefelder hat dann mit der alles zu Sand zermürbenden und mit Sand erstickenden Arbeit der Heide ihre heutige Sandoberfläche gegeben. Die tieferliegenden Teile des Landes waren für Jahrzehntausende ein Seengebiet, das allmählich verpumpt. Nur ist schon seit 25 000 Jahren Heide und Moor (so haben es die Wissenschaftler berechnet.) Auch die salzige See lang vor Urzeiten einmal ihr Lied, dort wo jetzt Lüneburger Heide ist. Das war lange vor der Eisperiode. Die erhobten Kalklager sind der Beweis. Die Milliarden Wasserwesen der Lüneburger Urseezeit sind gestorben, ihr tierisches Leben verwandelte sich zu Erdöl, zu „Petroleum“.

Den Kalarbeitern, die Düngesalze für die Landwirtschaft im bergbaulichen Betriebe tief unter der Lüneburger Heide hervorholten, folgten wir in den Bildern aus der deutschen Industrie schon einmal. Heute gibt es, das deutsche Erdöl, die Erinnerung an die Zeit, da die Lüneburger Heide See war, in ihrer modernen kapitalistischen Umwertung kennen zu lernen.

Von Hannover aus ging's nach Celle und Wieke in die Hannoverische Erdölmulde — zwischen Wesergebirge und Teutoburger Wald — hinein. Der Ginster blüht und lockt mit seinen gelben Frühlingsflammen aus dem Rotbraun der Heide. Aber es gibt nicht eher Rast bis das weit in die Ferne hineinreichende Heer der dreibeinigen Riesengalgen über tausend Bohrlöchern, und die wie Artiere gebudd und heimtückisch daliegenden eisernen Reservoirs der Deutschen Mineralölindustrie A.-G. erreicht sind.

Die Deutsche Mineralölindustrie A.-G. gehört zum Konzern der Deutschen Erdöl A.-G., in deren Händen die deutsche Erdölproduktion vereinigt ist. In Celle-Wieke arbeitet man mit 16 Millionen Mark Aktienkapital.

Die Reservoirs — breit und klobig-schwarz steht auf ihnen: Deutsche Mineralölindustrie A.-G. — liegen als üble, bräunlich gelbe Ungeheuer beinahe direkt auf dem Bahnhof. Im ersten Augenblick erscheinen sie als Gasometer, sie sind aber breiter, direkt breit gebückt, nicht so hoch und haben kein tragendes Stahlgerüst.

Gleich rechts neben der Straße über dem Straßengraben stehen die ersten der regellosen und unendlichen Menge von dreibeinigen Pumphilfsgerüsten. Es sind Hunderte, ja Tausende von schwarzen Riesenholzbetnen, denn die Bohrlöcher sind zumeist kaum 10 bis 20 Meter von einander entfernt und das Bohrgebiet zieht sich als schmales Band stundenweit in die Heide hinein.

Sin und wieder scheinen die dreibeinigen Galgen ausgewachsen zu sein, dann sind aus ihnen vier gewaltige Säpfeiler geworden, die durch Brettergewände verbunden sind — der Bohrturm ist fertig.

Wir gehen durch ein fröhlich wachsendes Roggenfeld auf den Bohrturm zu. Er sitzt buchstäblich mitten im Getreidelande, das einem sogenannten Petroleumbauern gehört.

Wie die in der Geschichte berühmt gewordenen Schöneberger Millionenbauern, deren Sandlöcher bei der riesenhaften und raschen Ausdehnung Berlins nach dem Westen über Nacht zu Millionenterrains wurden, haben die Celle-Wieker Petroleumbauern manchen Tropfen vom goldenen Segen der Erdölindustrie abbekommen. Große Teile des Landes, auf dem gebohrt wird, gehören nicht der Deutschen Mineralölindustrie A.-G. Sie muß sich nach altem hannoverschen Gesetz das Nutzungsrecht vom Grundeigentümer besorgen, sie muß ihm aber auch eine jährliche Pacht für das mit Bohrtürmen und Bohrgalgen bestellte Gelände zahlen. Im übrigen sind die Petroleumbauern aber auch an der Höhe der Produktion beteiligt. Jede 200 Kilogramm Erdöl, die aus den Bohrlöchern ihres Geländes heraufgepumpt werden — deswegen liegen auf dem Bohrgebiet verstreut viele kleine Reservoirs, für jeden Petroleumbauern eines — bekommen sie als Abgabe 3 Mark. Das summiert sich im Jahre.

Schon auf dem Wege zum Bohrturm, dem mächtigen auf Walzen und Klöhen liegenden hölzernen verfahrenen Gerüst, sehen wir den Vorrat der langen eisernen Röhren liegen, die, von immer kleinerem Durchmesser, je tiefer sie in die Erde hinunter müssen, zur Auskleidung des Bohrloches dienen. Das rasche Stoßen und Schüttern der Bohrmaschine, sich im gleichen Tempo immer wiederholend, stört das Sprechen. Neben dem Eingang lehnt ein Reservoirbohrer, heben kann ich ihn nicht. Es ist ein mächtiger Bohrmeißel, wohl über 1/2 Meter lang, die Schneide vielleicht 20 Zentimeter breit. Der Hals, an dem ihn das Bohrgestänge festhält, ist hohl, er hat aber nach unten zwei Löcher, ich verstand ihren Sinn erst später.

Der Bohrturm kracht und schüttelt. Aus der Erde heraus ragt das Gestänge hoch. Es bewegt sich, rasch stoßend — in der Minute bis zu 140 mal — mit schnell aufeinander folgenden kräftigen Bewegungen. Das Bohrloch ist jetzt an die 200 Meter tief, es wird aber hier nicht viel bis 300 Meter fehlen, ehe das Erdöl kommt. Eben ist das Gestänge wieder um eine Länge vergrößert worden, es greift jetzt bald bis in die Spitze des Bohrturmes hinauf. Die Bewegungsmaschine des Gestänges stellt man sich am besten so vor: Zwei massive klobige Holzsäulen, bei denen an 30 Zentimeter starken Holzballen nicht gepart ist. Auf ihnen liegt, frei schaukelnd, ebenso gewaltiges Querholz. Das eine Ende des Querholzes hält mit zwei sogenannten Springschlüsseln das Bohrgestänge festgepackt, das andere Ende des Querholzes ist durch einen Arm mit dem Rad der Antriebsmaschine gekuppelt. Stößt dieser Arm nach oben, dann stößt auf der anderen Seite des Querholzes das Gestänge nach unten, so entsteht ein fortgesetztes Auf- und Abwippen des Querholzes. Mächtige Federn schützen bei dem raschen Hin- und Herschlagen und Stoßen vor Gestängbruch. Wenn das Bohrgestänge sich tiefer senken soll, wird der Springschlüssel geöffnet, das Gestänge fällt nach unten, im nächsten Moment ist es vom Bedienungsmann mit dem Springschlüssel wieder gepackt, um von der Maschine zum nächsten Meißelfall wieder gehoben werden zu können.

So meißelt die Maschine tage- und wochenlang das Loch immer tiefer in die Erde, die Röhren zum Aus-

füttern des Bohrloches werden nachgeschoben, das Gestänge verlängert sich, Meißel werden gewechselt — zuletzt ist das Erdöl erreicht. . . nun tritt nicht der aufregende Moment ein, wie ihn amerikanische und gallische Erdölgebiete kennen, es sprudelt nicht wie eine Fontäne aus dem Loch heraus vom gewaltigen Erddruck in die Luft emporgeschleudert. In Deutschland muß das Erdöl emporgepumpt werden.

Ja, aber das Wichtigste, wie kommt das durch den Meißel losgeschlagene pulverisierte Gesteinsmaterial aus dem Bohrloch heraus? Sehr einfach. Man löst nicht lange, denn sonst müßte alle Viertelstunde 100 oder 200 Meter Gestänge aus dem Bohrloch herausgezogen werden, um den Meißel mit dem Löffel auszuwechseln. Das Gestänge ist hohl, in ihm läuft fortgesetzt Wasser nach unten in die tiefste Tiefe des Bohrloches, es tritt dort aus den beiden, schon erwähnten Löchern des Meißels heraus in das Bohrloch und schwemmt nun fortgesetzt im eigentlichen Bohrloch, aber außerhalb des Gestänges, das abgebohrte Material nach oben. Hier läuft es schmierig, schlammig, in einer Holzrinne davon und gibt den Arbeitern Auskunft darüber, in welcher Bodenschicht der Bohrer arbeitet.

Wir gehen zu einem Bohrloch, das jetzt in Betrieb ist, das also fündig geworden ist. Es passiert auch mitunter, daß vergebens gebohrt wird, weil die Erdölmulde der Lüneburger Heide in 2- und 300 Meter Tiefe in ihren Erd- und Gesteinsschichten nicht mehr hübsch sauber und akkurat übereinander aufgebaut ist, sondern im Verlaufe der Erdgeschichte stark verworfen und zerrissen wurde.

Jetzt erkennen wir sofort, welchen Zweck der große dreibeinige Holzgalgen, der über dem Erdloche steht, hat. Oben, wo die drei Holzpfeiler sich treffen, sitzt ein Rad, von unten läuft ein Draht in die Höhe, der von einer in der Nähe stehenden Elektrowinde betrieben wird und zieht aus dem Bohrloch ein Stück Pumpengestänge heraus. Eben ist es abgeschraubt und beiseite gelagert, da hat das fleißige Drathheil schon wieder das nächste Stück Pumpengestänge bis hoch zum Galgenkopf emporgezogen. Die Pumpe wird gereinigt. Eine Stunde später ist das ganze Pumpengestänge wieder im Erdölloch. Der Betrieb der Pumpen erfolgt ebenfalls auf eine ganz primitive „hölzerne“ Art. Der ganze Petroleumbetrieb erinnert mit seinen hölzernen Hilfsmaschinen durchaus an amerikanische Urwaldmethode, die als Maschinenkonstruktionsmaterial nur Holz hat. Der ganze Erdölgewinnungsbetrieb ist überhaupt äußerst primitiv und deswegen sehr billig. Neben jedem Bohrloch, bei dem gepumpt wird, sehen wir wieder, jetzt aber kaum in Mannhöhe über der Erde den hin- und herwippenden Holzballen, der in der Mitte gestützt und gehalten wird. Er wird maschinell bewegt. Die Methode dieser maschinellen Bewegung ist wieder ganz primitiv.

Ueber das langgestreckte Bohrgebiet finden wir eine ganze Reihe kleiner Kraftzentralen verstreut. Jede Zentrale verteilt ihre Kraft durch ein im Freien horizontal auf der Erde liegendes großes eisernes Rad, das sich ebenso wie die Unruhe in unserer Taschenuhr, immer nur ein Stück nach links und ein Stück nach rechts dreht. Aber nicht so rasch wie die Unruhe, sondern ganz langsam. An den verschiedensten Stellen hat der eiserne Radreifen Löcher, an eingehängten Haken sitzen lange eiserne Stangen, die — einfach auf der Erde entlang, nur hin und wieder durch einen Holzklötz etwas in der Bahn gehalten — zum Pumpenschwengel der Bohrlöcher

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(24. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Trotzdem konnte Asmussen die Kirche nicht entbehren und vertrat es auch nicht, wenn jemand sich leichtfertig über kirchliche Dinge äußerte. Er war beim Geisteslichen nur ein seltener Gast, aber dann ein ergriffener und festlich gestimmter. In den hohen Zeiten des Jahres mußte die Kirche dabei sein, es war ein nächster Festtag, wenn er nicht Orgelton und Gemeindegesang gehört hatte. Am wenigsten aber durften sie heute fehlen. Ein neuer Glanz legte sich über sein Leben; er sollte seine Weibe haben. Asmussen war ein Mann, der seine festen Gewohnheiten hatte. Sinfolgebessert tat es ihm leid, daß er nicht am Nachmittag den Gottesdienst besuchen konnte. Seit vielen Jahren war er immer am Nachmittag in die Kirche gegangen. Der junge Geistliche aber, der gegenwärtig um diese Stunde sprach, war ihm zu streng und unversöhnlich. Er gehörte zur sogenannten „inneren Mission“. Die Bewegung war von Dänemark herübergekommen. Ihre Anhänger waren sehr respectable Leute, ihr Bekenntnis aber war fanatisch und auf alle Dinge dieser Welt hatten sie einen geradzue finsternen Haß gemorfen. Asmussen war zu versöhnlich und gutmütig, um mit ihnen auszukommen. Sie verführten ihm viel zu streng mit den armen Wesen dieser Erde. Sie nahmen ihnen viel mehr Glanz, als sie verantworten konnten.

In diesem hohen Tage, an dem ihm selber ein warmes Glück wie eine Rose aufgeprungen war, konnte er den jungen eifernden Prediger nicht reden hören. Er mußte sich schon für den Vormittag und für den alten Propst entschließen. Der alte Propst hielt sich in Gottes Namen an das Hergebrachte. Er redete den Leuten ins Gewissen, er war aber auch kein Unmensch, wenn sie es in einigen Punkten so hielten, wie es ihre mehr oder minder heidnischen Väter auch gehalten hatten; er verschmähte selbst die kleinen Freuden des Dajetns nicht. Er war Asmussen im Grunde zu gleichgültig, aber ein guter Mensch war er, und festliche Stimmung brachte Asmussen selber mit.

Die matte Winterjonne schien durch die hohen bunten Scheiben. In den Stühlen saßen die Bürger und Stadtbewohner in ihrem besten Sonntagstaat. Vom Chore brante die Orgel herab. Der alte Propst sprach heute am Festtag warm und vernünftig. Die Gemeinde war so festerlich gestimmt. Es war ein erhebender Eindruck, der seinen Glanz noch bis ins neue Jahr hinein senden konnte. Asmussen war froh und zufrieden, als er wieder nach Hause ging. Er be-

grüßte am Eingang einige alte Bekannte und schlug dann sofort seine eigene Straße ein. Wie weiß und lustig war heute die Welt! Die Menschen nickten und grüßten so fröhlich, er aber hatte ein inneres Glück, von dem sie alle nichts wußten. Er hatte einer Heimatlosen eine Stätte bereitet und selber ein warmes Heim gefunden. Die alte Wohnstube war wieder aufgegeschlossen. Der Sonntag war da. Weichnachten hatte ihn reich begnadet.

Unten in der Fildergasse aber sah Dagmar, um ihren Angehörigen das große Ereignis mitzuteilen, wie es Asmussen selber gewünscht hatte. Die Familie hatte sich in dem Zimmer des oberen Stockes versammelt, das in die Straße hinausblaute. Das Zimmer sah gar nicht so übel aus. An der lauberen und festlichen Herrichtung spürte man wohl, daß Frau Engelbrecht in die Lage der Ehrbarkeit gekommen war. Es sollte einen Anstrich haben wie bei anderen Leuten. Auf dem runden Tisch in der Mitte lagen die Geschenke vom gestrigen Abend, ein wenig Blumen und Grün hatte man auch beschafft, es sah ganz weihnachtlich aus. Nur die Prosa der langen Marie hatte das friedliche Bild gestört; sie hatte drei Flaschen Bier in die festlichen Geschenke hineingepflanzt, denen sie mit großem Eifer zusprach. Marie neigte leider ein wenig zu alkoholischen Ergüssen; am Abend vorher hatte sie zur Feier des Tages einen Grog über den Durst getrunken und dieser süße Grog hinterließ einen so brennenden Nachbrenn. Die Bierflaschen waren also unvermeidlich.

Dagmar hatte ihre Erzählung unter atemloser Spannung beendet. Die Schwarze kann still vor sich hin. In ihren Augen war ein heimliches Feuer, als entzündeten sie sich an den kommenden Dingen. Die lange Marie kaunte ihre verlobte Schwester mit blöder Frechheit an. Frau Engelbrecht aber schüttelte halb entsetzt und halb gerührt den Kopf; die mütterlichen Tränen drohten jeden Augenblick zu kommen.

Die lange Marie erholte sich zuerst. „Nun haben wir, Gott verdamme mich, einen richtigen Schwiegersohn. An dem können wir viel Freude haben, wenn er lange genug leben bleibt.“

Am die schmalen Lippen der Schwarzen troch ein dünnes, graufames Lächeln.

„Ich will eine von den Brautjungfern sein,“ fuhr Marie fort, „sonst freut mich die ganze Verwandtschaft nicht. Die Schwarze könnte ja auch gleich mitkommen.“

„Ihr wäret mir nette Jungfern.“

Dagmar lächelte abwehrend. „Doch doch den Mund,“ sagte Frau Engelbrecht. „Man konnte nicht so reden, wenn sich Dagmar mit einem angesehenen Manne verheiratet hatte.“

„Willst Du in der Kirche auch einen Myrtenkranz aufsetzen?“

Marie ließ sich nicht im geringsten stören. „Selbstverständlich. Das gehört sich ja so.“

„Du solltest lieber zwei nehmen. Doppelt hält besser!“

„Ah, ah, ah,“ höhnte Frau Engelbrecht.

„Wenn Du ängstlich bist, kann Mutter ja in der ersten Nacht hinunterkommen und im Zimmer nebenan schlafen.“

„Ah, Gottgottgott!“ Frau Engelbrecht wand sich unter einem Lachen, das sie nur mühsam zurückhalten konnte. Die lange Marie hatte einen gar zu frechen Mund.

Marie wird vor den Leuten ihren Mund halten müssen,“ sagte die Schwarze still, aber mit einem heimlich lauernden Ernst.

„Ich werde den Mund schon halten. Lorenz Asmussen soll in mir eine gute Schwägerin haben.“

„Dann ist es gut.“ Dagmar erhob sich und nahm Abschied. Die Schwarze fiel ihr um den Hals und küßte sie. Frau Engelbrecht aber konnte mit dem Händeschütteln gar nicht zu Ende kommen und mußte immer wieder die feuchten Augen wischen. Dagmar war ein zu gutes Kind geworden.

Die Kunde von Dagmars Verlobung ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Als sie am zweiten Feiertag auf dem Eis erlischen, entstand eine kleine Sensation. Sie trug die weiße Stola auf dem schwarzen Pelzjackett; außerdem hatte sie ein dunkles Barett aus glattem Wolltuch mit einem weißen Taubenflügel aufgesetzt, das sie sonst zu tragen vermieden hatte.

„Eine junge Winterkönigin,“ sagte der Zahnarzt, und war stolz, daß er mit ihr laufen durfte.

Die Grüße der Bekannten fielen sehr ehrerbietig aus; die Eleganz ihrer jugendlichen Erscheinung machte sie unbewußt geltend; überdies war sie ja nun die Braut eines angesehenen Mannes.

Die neue Verlobung wurde allgemein diskutiert. Man nahm an, daß Dagmar eine Art von Vernunftpartie geschlossen hatte. Sie wollte offenbar unter allen Umständen in bürgerliche Kreise hinein, wollte in der Welt etwas vorstellen, was ihr ja kein Mensch übernehmen konnte. Jedenfalls aber war die Verbindung mit Asmussen ganz ausgezeichnet. Er war nicht nur angesehen, sondern auch wohlhabend, und daß er seine junge Frau auf Händen tragen würde, unterlag nirgends einem Zweifel. Er war etwas älter, aber schließlich war er immer noch ein Mann in seiner besten Kraft. Dagmar mußte ihm übrigens dankbar sein, so daß der Altersunterschied nicht in die Waage fallen konnte. Asmussen aber bekam eine feste Wirtschaftlerin und ein junges hübsches Weib ins Haus.

hinführen. Macht das Kraftverteilungsrad der Zentrale seine langsame Bewegung nach rechts, so zieht es alle von links her eingehängten Eisenstangen über das Feld ein kleines Stück zu sich heran. Die Stangen, mit dem einen Ende des Wagebalkens an ihrem Bohrloche verbunden, ziehen dieses nach unten, das andere Ende, an dem das Pumpengefände befestigt ist, wird dadurch ganz langsam etwas nach oben gehoben — macht nun das Kraftverteilungsrad der Zentrale seine Bewegung nach links, dann schieben sich die Eisenstangen über das Feld wieder zurück, die Wagebalken heben sich am äußeren Ende, am inneren tauchen sie beim langsamen Niedergehen das Pumpengefände wieder nach unten. Die von rechts her eingehängten Bewegungsstangen machen dieselbe Arbeit im umgekehrten Tempo. Zumeist werden in die Rohrreihenlöcher zwei Bewegungsstangen eingehängt, eine von links, die andere von rechts. Oft gabeln sich die Eisenstangen auch und bewegen dann zwei, ja auch drei Erdölspindeln. An einem Kraftverteilungsrad sind 10, 15 ja 20 Pumpen auf diese Art angehängt. Das Verfahren sieht sehr primitiv aus, arbeitet aber trotzdem mit geringen Reibungsverlusten und wenig Kraftvergeudung und ist so in Wirklichkeit ganz raffiniert durchdacht. In Celle-Wiehe pumpt man damit alljährlich seine 60 und 70 000 Tonnen Erdöl.

Aus den Pumpenlöchern fließt das schwarze Erdöl in Röhren, die flach unter der Erde verlegt sind, zu den kleinen Vorreiserrohren, von denen wir vorhin gesprochen haben und die den Zweck haben, die Abgabe an die Petroleumbauten festzustellen. Dann gehts in die großen Reservoirs, in die Eisenbahnwaggons, in die Tankschiffe und mit ihnen in die Raffinerien.

Celle-Wiehe hat auch Bohrlocher, die zu wenig Erdöl geben, um fortgesetzten Pumpenbetrieb aushalten zu können. In solchen Fällen läßt man durch eine kleine Fördermaschine am Förderseil eine über ein Meter lange, hohle, eiserne Röhre in das Förderloch hinab, das geht laufend rauf. Unten stößt diese Röhre natürlich in das Erdöl, die Bodenklappe der Röhre öffnet sich nach innen, das Erdöl füllt die Röhre. Wird nun mit dem Förderseil dieser Apparat wieder hochgezogen, so drückt das in der Röhre befindliche Erdöl die Klappe, die nur nach innen aufgeht, zu. . . . Schon ist die Röhre wieder oben, schwebt am Galgen, stößt auf einen eisernen Dorn, der die Bodenklappe nach innen öffnet und heraus fließt der Inhalt der Röhre, — erst Salzwasser, dann schwarzes dickflüssiges Erdöl. Das Salzwasser erinnert noch an den ehemals hier erlöschenden Ozean, das Erdöl das spezifisch leichter ist als Salzwasser, schwimmt auf ihm. Längst hat der Maschinenist im Förderhäuschen die Röhre wieder ins Bohrloch hinuntertauchen lassen — das macht er tagaus, tagein, Wochen und Monate, er ist nur noch Gehirn einer Maschine.

Die Raffinade des Erdöls nimmt man nicht in Celle-Wiehe vor, überdies bekommt einen erheblichen Teil des hier erhobten Erdöls die deutsche Tochtergesellschaft des amerikanischen Petroleumtrustes, sie hat sich für lange Jahre die Lieferung gesichert und zahlt für die Tonne 6,50 Mark, trotzdem sonst durchschnittlich die Tonne 13 Mark kostet! Die Raffinade ist im wesentlichen ein Siebverfahren, das Erdöl wird nach dem System der verschiedenen Siedepunktgrenzen in seine Bestandteile zerlegt. Das Erdöl scheidet bei 180 Grad Petroleumnaphta (Rohbenzin) aus, bei noch höheren Siedegraden dann Kerosin (Leuchtöl), bei 300 Grad beginnen sich die Schmieröle abzuschleiden. Das deutsche Erdöl hat als Petroleum wenig zu bedeuten, sein Hauptwert liegt im Rohbenzin und im besonderen in seinen Schmierölwerten.

Langsam ging ich über das langgestreckte Galgenfeld, auf der Erde schoben sich nach allen Richtungen die Eisenstangen, die zu den Pumpen führen, hin und her. Überall weckten die Wagebalken der Pumpen komisch langsam auf und nieder. . . . Ich sehe das Erdöl steigen, Petroleumbauern reich werden, den amerikanischen Petroleumtrust Geld verdienen, die Deutsche Mineralölindustrie L. G. wieder 7 Prozent Dividende verteilen und kolossale Ertragsgewinne machen — ich veruche mich zu erinnern, wie die Lüneburger Heide vor Jahrzehnten entstanden, gewachsen ist und sich umgebildet hat, gehört das nun nicht alles mit Zug und Recht dem Staat und der Allgemeinheit? Ich nahm mit vor

Dagmars müdere Liane konnte er brauchen; er hatte in der ersten Ehe manches Schwere durchgemacht. Eine Aufmerksamkeit würde Dagmar ihm sicher bringen. Dazu konnte man ihr helles Lachen allzu gut.

Am Spätnachmittag kam Dagmar nach Haus. Es mußten ja im Geschäftsausschuss in der Woche. Auf dem Tisch stand ein Blumenstrauß.

„Der erste Glückwunsch.“
„Ach! Dagmar war interessiert.“
„Von Stine Andriens,“ las es ernst.
„Das ist hübsch! Darf ich ihn auch Zimmer nehmen?“
Sie war ganz anbehangen.

„In das?“
„Aussuchen ja, den Strauß nicht ungern schenken. Stine hatte ihn durch ein kleines Schmalbäckerchen geschickt. Nur ihre Bistentante steckte dabei. Auf der Karte stand kein Wort.“

Oben in ihrer Kammer beach Dagmar den Strauß mit gespanntester Ziererei. Ein ironisches Lächeln ging um ihre Lippen. Sie beach die einzelnen Blumen, sie roch daran; dann ließ sie den Strauß in einem großen Bogen in den Winkel fliegen und ging trübsinnig daran, ihre kostbaren Sachen in den Schrank zu packen.

In der ersten Woche des neuen Jahres gab der Bürgerverein seinen jährlichen Winterball. Er war der häufigste gesellschaftliche Anlaß der kleinen Stadt Gefäß. Er umschloß den ganzen wohlhabenden Mittelstand und in seinen oberen Schichten berührte er sich in manchen Punkten mit den Kreisen der Honoratioren. In besonderen die alten, einheimischen Familien hielten zu ihm, auch wenn sie im übrigen zur Oberwelt gehörten. Es war ein sehr alter Verein, der schon in der dänischen Zeit die Bürger zu Tanz und Festlichkeit versammelt hatte. Es waren nur Mitglieder, wie auch sein Vater Mitglied gewesen war, des jährlichen Winterball aber hatte er nie besucht. Er kam mitunter zu den kleineren Festlichkeiten, wo es nicht herging, weil die Beteiligung keine so allgemeine war. Der Winterball war zu geräumig. In den Meeren des plaudernden Redens und schimmernden Ballkugeln sah er sich nicht behaglich. Er war zu wenig Gesellschaftsweiser, um in den überfüllten Räumen sein Vergnügen finden zu können. Seine Frau war es nicht anders gegangen und als Winter war er erst recht noch gemüht, wenn er zu Hause bleiben konnte.

bei nächster Gelegenheit Bethmann-Hollweg zu fragen, der ja jetzt durch die Schließung des Reichstages den Entwurf eines Petroleummonopoles einfach in die Ecke geworfen hat.

Aus der Partei.

Internationaler Sozialistenkongress Wien 1914. Das vorbereitende Komitee des Internationalen Sozialistenkongresses benötigt die Namen und Adressen aller Genossen und Genossinnen, die im August als Delegierte nach Wien kommen.

Die Beschaffung von passenden und preiswerten Wohnungen ist bei den Wiener Hotelverhältnissen und gerade in der Reisezeit mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Das Kongresskomitee, das in Verbindung mit den Wiener Hoteliers arbeitet, wird aber die Teilnehmer des Kongresses zufriedustellen können, wenn die Anmeldung der Delegierten so bald als möglich erfolgt. Wir ersuchen daher alle Delegierte aus Deutschland, uns ungekürzt ihren Namen und ihre Adresse mitzuteilen.

Berlin, den 20. Juni 1914.

Der Parteigruß!
Der Parteivorstand.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Hausjuchung. Auf richterliche Anordnung wurde in der Privatwohnung eines Redakteurs und später auch in den Redaktionsräumen unseres Waldenburger Parteiblattes, der „Schleißer Bergwacht“ eine Hausjuchung nach Manuskripten vorgenommen. Gesucht wurde nach einem Artikel durch den ein schleißer Großgrundbesitzer beleidigt sein sollte. Gefunden wurde nichts.

Staatsanwaltschaftliche Hochkonjunktur. Gegen Danziger Genossen sind zurzeit zwölf Strafverfahren im Gange. Als größter Sünder marschiert der Parteisekretär Georg Leu, früher in Lübeck, mit sieben Fällen an der Spitze. Seine Frau, die Genossin Käthe Leu, soll in einem Falle, der Kassenführer Adolf Bartel in zwei Fällen den Staat ins Wanken gebracht haben. Der Gewerkschaftsbeamte Brill und der Redakteur Schröder schließen mit je einer Anklage den Reigen.

Der Gehäzswang als grober Unfug. Vor dem Schöffengericht in Breslau hatte sich der Parteisekretär Müller wegen Verübung groben Unfugs zu verantworten. Er hatte eine Versammlung angeführt mit den Worten: „Der Kampf gegen den Gehäzswang.“ Die Polizei verhängte über ihn eine Geldstrafe von 100 M wegen Verübung groben Unfugs. Gen. Müller beantragte gerichtliche Entscheidung. Vor dem Schöffengericht wollte der Anwalt die Strafe noch auf 150 M erhöht wissen. Er stimmte ein lautes Alagegeschrei über den Gebührenden in Deutschland an. Ein Oberregierungsrat befanderte als Zeuge, er und seine Gemahlin hätten sich durch das Plakat fittlich verkehrt gefühlt. Ein evangelischer Hospizvorsteher erklärte, es sei eine Schande, daß in Deutschland dem Volke so etwas geboten werden könne; der Staat zwinge doch keine Mutter, zu gebären. Auf Befragen des Verteidigers erklärte der Zeuge noch, von dem Gehäzswang gegen die Anpreisung und den Handel mit Antikonzeptionsmitteln habe er noch nichts gehört. Der Gerichtshof erkannte trotz dieser klaffenden Zeugen auf Freisprechung.

Wegen Schuhmannsbeleidigung erhielt Genosse Förster in Breslau 100 M Geldstrafe. Die „Volkswacht“ hatte kritisiert, daß der Schuhmann bei einer Differenz mit Kutschern den Säbel zog, obwohl er nicht angegriffen wurde. Da solche Säbelziehenereien in Breslau schon zu schlimmen Folgen geführt haben, nannte dies die „Volkswacht“ vorzeitig und nervös. Das Gericht fand, daß der Schuhmann berechtigt war, den Säbel zu ziehen und quittierte die Kritik mit 100 Mark Strafe.

Hege gegen die Arbeiterturner und die Arbeiterjugend. Der Vorsitzende des Arbeiterturnvereins in Bertsdorf i. Sa. hatte sich vor dem Schöffengericht in Zittau wegen Übertretung des Vereinsgesetzes zu verantworten. Er hatte sich geweigert der Polizei das verlangte Statut des Vereins und das Mitgliederverzeichnis des Vorstandes einzureichen, weil der Verein sich niemals mit Politik befaßt hatte. Das Gericht erklärte jedoch den Verein für politisch, weil er dem Arbeiterturnerband angeschlossen sei, und erkannte gegen den Angeklagten auf 30 M Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis. Hierauf hatte sich vor demselben Gericht der Leiter der Arbeiterjugend in Hartau zu verantworten, der wegen des gleichen Vergehens angeklagt war. Das Gericht kam in diesem Falle jedoch zu einer Freisprechung, da es sich bei der Arbeiterjugend von Hartau um keinen Verein, sondern nur um lose und unregelmäßige Zusammenkünfte handelte; Sitzungen seien nicht vorhanden und ein Mitgliederbeitrag werde nicht erhoben. Die Anklage war auf Beweise gestützt, die von einem Gendarmen zusammengetragen worden waren.

In diesem Jahre aber mußte es anders werden. Unmittelbar nach den Weihnachtsfeiertagen war seine Verlobung in den beiden Lokalblättern angekündigt worden. Die Stammgäste hatten ihn täglich gehänselt, weil er sich in diesem Winter nun doch zum Frack bequemem mußte. Dagmar hatte mit großer Emsigkeit ihre Vorbereitungen für den Ball getroffen. Er durfte ihr die Freude nicht verderben; außerdem war es eine gute Gelegenheit, sie öffentlich einzuführen. Sogar der neue Frackanzug hatte wirklich gebaut werden müssen; Dagmar hatte so lange geschmollt, bis ihm nichts mehr anders übrig blieb. Der Schneider hatte geschmanzelt, als er Maß nahm, und Esmußen hatte auch geschmanzelt; es war beiden als ein guter Witz erschienen. Lorenz Esmußen mußte auf seine alten Tage noch den Balltanzler spielen.

Das Wetter war günstig geblieben. Die Schuljugend hatte den Himmel beschworen, wenigstens in den Ferien vernünftig zu bleiben und die hartgeporene Säbittendbahn nicht durch ein überflüssiges Tauwetter zu zerstören. Wie der Zauber des Balles näher kam, hatten sich die jungen Mädchen mit ihnen vereinigt. Wenn das Wetter so lange gehalten hätte, konnte es auch etwas länger halten. Es war so wärmerhaft, wenn die Straßen in klarem Frostglanz glänzten. Es war auch für die Roben und die letzten Ballschuhe so reinlich und angenehm. Und das Wetter hatte sich in der Tat gehalten. Am Nachmittage des großen Tages war es zu einem lustigen Florentanz gekommen. Die jungen Mädchen waren vom Kaffeetisch angezogen und hatten vor Freude in die Hände geklappert. Das gab einen weißen und lustigen Abend.

Die Stunde des Balles kam immer näher. Rings in den Säulen standen die jungen Tänzerinnen mit pochendem Herzen und ließen sich vor der sorgenden Mutter die letzten Unebenheiten im Anzug ordnen. Wie nahm sich die weiße Rose in den dunklen Haar aus? Die glänzenden Augen blinzelten in den Spiegel und wurden befreit. Vor dem erleuchteten Haupte des Vereines saßen bereits die ersten Equipagen vor, bald kamen die nächsten und dann rollten die Wagen ununterbrochen.

(Fortsetzung folgt.)

Dieser sagte als Zeuge aus, „man nehme an, daß eine Bestätigung der Jugend im politischen Sinne erfolge.“ Damit konnte das Gericht aber nichts anfangen.

Kaiserhof und Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Verein für Zittau i. S. beschäftigte sich am Donnerstag in einer Mitgliederversammlung mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaiserhof. Alle Redner, außer zwei, begrüßten den Fraktionsbeschluss und die Haltung der Fraktion. Eine Zustimmungserklärung wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Da der Abgeordnete des ersten sächsischen Reichstagswahlkreises, Gen. Edmund Fischer, am Erscheinern verhindert war, so wurde ein Antrag angenommen, nach welchem ihm in einer demnächst stattfindenden Kreisversammlung Gelegenheit gegeben werden soll, seinen abweichenden Standpunkt klar zu legen.

Vertagung des Luxemburg-Prozesses. Der gegen die Genossin Dr. Rosa Luxemburg auf den 27. Juni vor dem Reichsgericht anberaumte Termin ist auf den 22. Oktober vertagt worden.

Kommunalwahlen. Bei der Wahl der zweiten Klasse zum Bürgerausschuß in Pforzheim i. B. hatte unsere Partei weiteren Erfolg. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 828 Stimmen, 267 mehr wie vor drei Jahren. Die Gegner erhielten 2096 Stimmen, die Zunahme beträgt 18. Unsere Partei erhält vier Mandate gegen bisher drei. Im Ganzen verfügt die Sozialdemokratie auf dem Rathaus über 28 Sitze. — In Freiburg i. B. verlor unsere Partei bei 137 auf die sozialdemokratische Liste abgegebenen Stimmen den bisher innegehabten Sitz in der zweiten Klasse.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie wurde am Sonnabend und Sonntag in Freiburg abgehalten. Vom Parteivorstand war Genosse Spannlich erschienen; auch die benachbarten Landesorganisationen hatten Vertretungen entsandt. Der Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende des Landesvorstandes, Gen. Geiß. Er behandelte ausführlich die verflochtenen Landtagswahlen, bei welchem die Wähler die Lehren der Reichsreform leider vergessen hätten. Das Zentrum hatte mit der Hineingerrung der Religion seine Wahlgewinne gemacht. Der Großblock könne für den Ausfall der Wahl nicht verantwortlich gemacht werden. Man vergleiche nur die Wahlziffern von 1905 und 1913, dann sei der Stimmenverlust kein so großer. — Geiß teilte dann noch mit, daß die Bezirkssekretariate in Mittel- und Unterbaden in Kreissekretariate für die Wahlkreise Pforzheim und Heidelberg umgewandelt worden seien. Vom 1. Juli ab werde auch in Karlsruhe ein badisches Partei-Korrespondenzbureau errichtet werden. Beim Kassenbericht empfahl Gen. Spannlich die Bildung von Kampfscharen, da die Ausgaben für die Wahlen ständig steigen. — Die Herausgabe von Wochenblättern abzulehnen, beantragte im Namen des Landesvorstandes der Geschäftsführer der Mannheimer „Volkstimme“, Gen. Linz. Die badische Partei könne die dazu notwendigen Zuschüsse nicht aufbringen. — über die Frauenbewegung berichtete Genossin Blase. Jetzt seien 2600 Frauen in Baden politisch organisiert; 1912 waren es erst 200. Die Debatte über den Geschäftsbericht des Landesvorstandes und über die Presse füllte den ganzen Nachmittag des ersten Verhandlungstages aus. Der Parteitag stimmte schließlich der Umwandlung der Bezirks- in Kreissekretariate zu. Beschlossen wurde auch nach Bedarf Frauenkonferenzen abzuhalten. Die Herausgabe von Wochenblättern schenkte der Parteitag ab. Damit waren die Arbeiten des ersten Tages beendet.

9. Deutscher Gewerkschaftskongress.

C. B. München, 22. Juni 1914.
Im größten Saale Münchens, im Kindl-Keller, begannen heute (Montag) vormittag die Verhandlungen des 9. Deutschen Gewerkschaftskongresses. Von der der Präsidententribüne gegenüberliegenden Längswand des Saales, der reich geschmückt ist, blickt das umflossene Bild August Bebel's hernieder. Embleme an der Holzperle des Saales zeigen den gemaltigen Ausschuss der Gewerkschaften in der Hauptstadt Bayerns. An 30 Längs- und Quertafeln sitzen die Vertreter der deutschen Gewerkschaften; in der Mitte die Vertreter der beiden größten Verbände, der Metallarbeiter und der Holzarbeiter, daran rechts und links anschließend die übrigen Verbände. Den Vertretern der ausländischen Gewerkschaften, dem alten Genossen Hermann Greulich-Zürich, David-London, Grünwald und Beer aus Wien und dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Soziale Reform, Prof. Franke-Berlin, sind Ehrenplätze eingeräumt. Vom Parteivorstande ist Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz Ebert anwesend.

Reichstagsabgeordneter Fritz Ebert eröffnet namens der Generalkommission den Kongress mit folgenden Begrüßungsworten: Zum ersten Male ist ein Vertreter der englischen Gewerkschaften, Genosse David aus London, anwesend. Sein Besuch ist eine Erwiderung auf unseren vorjährigen Besuch in England. Diese gegenseitigen Besuche sind der Ausdruck der Friedensliebe der Arbeiterbewegungen der beiden Länder. Wir schließen unseren Dresdener Gewerkschaftskongress vor drei Jahren unter den günstigsten Umständen. Diese unsere Hoffnungen haben uns leider getäuscht. Wir besitzen immer noch nicht die uns gesetzlich zustehenden Rechte. Die neuernehmende Kritik hat unsere Kräfte aufs äußerste angepannt, so daß unsere Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen im letzten Jahre sich verdoppelt haben. Sie betragen 13 Millionen Mk. (Hört, hört!) Hinzu kam eine außergewöhnliche Hege gegen die Gewerkschaften, die ihren Ausdruck in dem Kufe: Schluß den Arbeitswilligen, fand. Trotz alledem haben wir ganz enorme Fortschritte gemacht. Auf dem diesjährigen Kongress sind über 2½ Millionen Mitglieder der Freien Gewerkschaften vertreten, zirka 280 000 mehr als in Dresden. Der Zuwachs des letzten Jahres beträgt 31 000. So können wir unsere Verhandlungen in der Borausicht beginnen, daß sie die innere Festigung und den Ausbau der Organisation weiter fördern werden. Vielleicht hätten wir bei der Festlegung der Tagesordnung etwas vorsichtiger sein können und manche Punkte besser weggelassen, um nicht Anlaß zu der Behauptung zu geben, daß die Gewerkschaften politische Organisationen seien. Aber es ist unser gutes Recht, alles das zu besprechen, was uns als der Besprechung notwendig erscheint. (Sehr richtig!) Will man uns durch Gerichtsentscheidungen zwingen, politische Organisationen zu sein, so werden wir die Form ändern. Verhandelt wird darüber doch, weil es das Interesse der Arbeiterklasse erfordert. (Lebhafte Zustimmung.) — Unsere allgemeine Situation gleicht zurzeit der von 1899. Damals drohte man uns unter dem Juchtausturke, alle Mittel gegen die Gewerkschaften anzuwenden. Damals erklärten wir bei der Eröffnung des Frankfurter Kongresses: Wir fürchten den Juchtausturke nicht, aber wir wünschen ihm auch nicht im Interesse der Gesamtbevölkerung. Heute gilt dasselbe bezüglich der Vorbereitung eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen. Dabei wäre es doch wahrhaftig nötiger, die Streikenden vor den Ausschreitungen der Streikbrecher zu schützen! (Sehr wahr!) Aber man will eben Leute schützen, die kein Solidaritätsgefühl besitzen. Man will auf diesem Wege den Aufstieg der Arbeiterklasse zu höherer Kultur verhindern. (Lebhafte Zustimmung.) Aber auch hierzu müssen wir erklären: Wir fürchten die Gesetzgebung zum Schutze der Streikbrecher nicht, aber wir wünschen auch nicht ihre praktische Bewirkung im Interesse der Arbeiterklasse und der sozialen Friedens.

weil sie unnötige Verbitterung in die sozialen Kämpfe hineinbringt. Im übrigen können wir erklären: wir brauchen als Gewerkschaftsorganisationen nichts zu fürchten, so lange wir einig sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und bis jetzt sind alle Hoffnungen unserer Gegner darauf, daß sachliche Differenzen diese Einigkeit aufs Spiel setzen, zerschanden geworden. Was wir in Halberstadt vor 22 Jahren erklärten, das gilt auch heute noch: So lange wir unter uns einig sind, sind wir eine Macht; sind wir aber auch nur in wenigen Fragen uneinig, so stärken wir die Macht unserer Gegner. Allen Meinungsverschiedenheiten gegenüber müssen und werden wir die alte Einigkeit bewahren. Dazu wird auch die Luft des alten gemüthlichen Münchens beitragen. (Heitere Zustimmung.) Deshalb vorwärts, den Arbeitern zum Schutz, dem Unternehmertum zum Trost! (Stürm. Beifall.)

Namens der Münchener Gewerkschaften begrüßt Landtagsabg. Genosse Timm die Gäste und Delegierten, der einen Ueberblick über die Arbeiterbewegung Münchens (Gewerkschaften, Genossenschaften) gibt. Nehmen Sie aus München den Eindruck nach Hause, daß der 9. Gewerkschaftskongreß am Orte einer besonders aufstrebenden und sich überall mit Ihnen solidarisch fühlenden Arbeiterbewegung tagt. München genießt den Ruf der Gemüthlichkeit, der vielleicht seinem guten Bier zu danken ist. (Große Heiterkeit.) Wir wünschen, daß Sie ein gut Teil mit davon nach Hause nehmen. Wir wollen versuchen, Ihnen nach der ersten Arbeit einige freie Stunden zu bereiten, und wünschen dem Kongreß den besten Erfolg. (Lebh. Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und zunächst zur Wahl des Kongreßbüros geschritten. Als Vorschläge werden gewählt: Legner, Schlick und Leipart, als Schriftführer: Viermeier-München, Deder-Böhm, Geder-Chemnitz, Manni-Berlin, Dreher-Berlin (Transportarbeiter) und Sack-Hannover. Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird angenommen und beschlossen, von 9 bis 4 Uhr zu tagen. Unter Zurückziehung und Ablehnung aller zur Tagesordnung gestellten Anträge wird die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt. Es folgen die Ansprachen der Gäste. Appleton-London überbringt die freundschaftlichen Grüße der britischen Arbeiter, die trotz der nationalen Verhältnisse der beiden Länder den gleichen Kampf für das Wohl des Volkes führten. Die Lian-Christiana weist darauf hin, daß die skandinavischen Gewerkschaften die Schüler der deutschen seien, und daß sich die Unternehmern Norwegens, Schwedens und Dänemarks zu einer gemeinsamen Organisation und Streikverfängerung zusammengeschlossen hätten, so daß ihr gewerkschaftlicher Kampf ein besonders schwerer geworden sei. Grünwald-Wien spricht namens der Vertreter Oesterreichs, Ungarns und der Schweiz: Die Gewerkschaften, die ich verleihe, wurden vorwärts gebracht durch deutschen Geist und deutsche Organisationskraft. Die österreichische Gemüthlichkeit ist schon längst dem nackten Klassenkampf der Unternehmern gewichen. Trotz der Balkankrise haben die österreichischen Gewerkschaften nur 5000 von 420 000 Mitgliedern verloren. Wir danken das dem von Ihnen uns überkommenen Geist, von dem dieser Kongreß neue Beweise liefern möge. (Beifall.) — Dr. August Müller-Hamburg als Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine weist auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften hin, die durch die Schaffung der „Volksfürsorge“ noch enger geworden seien. Unser Zusammenarbeiten auf diesem Gebiete ist zwar nur kurz, hat aber schon gute Früchte getragen, so vor allem durch den Abschluß von Tarifverträgen mit den in unseren Genossenschaften beschäftigten Arbeitern. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß die wirklich vorbildlichen großen Tarifverträge, die wir mit den Transportarbeitern und Bäckern abgeschlossen haben, sieben durch Beschluß unseres Genossenschaftstages auf fünf Jahre bestätigt worden sind. Es ist das vielleicht die beste Begründung des Gewerkschaftskongresses durch den Genossenschaftstag. Konsumgenossenschaftsbewegung und Gewerkschaftsbewegung sind Reste am gleichen Stamm. Die Mitglieder beider Bewegungen sind zwar nicht absolut, aber in der Mehrheit dieselben. Sie werden es in Zukunft noch mehr werden. Wir haben gemeinsame soziale Interessen. Wir beiden arbeiten auch an dem Aufstieg derjenigen Volksschichten, die noch auf der Schattenseite leben. Das Ziel unserer beiden Bewegungen ist, eine bessere und gerechtere Verteilung des Ertrages der nationalen Arbeit herbeizuführen. (Beifall.)

Der Kongreß tritt in die weitere Tagesordnung ein. Den Bericht der Generalkommission erstattet Legner: Mein Bericht kann sehr allgemein gehalten sein. Die Politische Erklärung der Gewerkschaften wird Brey behandeln; ich beschränke mich auf das, was die Generalkommission direkt angeht. Der Polizeipräsident von Berlin hat die Politische Erklärung u. a. damit begründet, daß die Generalkommission das „Korrespondenzblatt“ herausgibt, worin politische Artikel erschienen seien, daß die Generalkommission Eingaben an den Reichstag gemacht hat, daß sie mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei gemeinsame Kundgebungen veranstaltet habe, und daß sie mit ihm gemeinsam die Agitation bei Einbringung der Vorlagen über die Gewerbeordnung, das Reichsvereinsgesetz, die Reichsversicherungsordnung getrieben hat, und endlich die internationalen Körperschaften und Kongresse durch Delegierte besichtigt hat. Wäre diese Begründung richtig, dann müßten doch nach Recht und Gesetz alle uns angeschlossenen Organisationen für politisch erklärt werden und nicht nur diejenigen, die er besonders ins Herz geschlossen hat. Es ist gar nicht der Zweck der Generalkommission und der ihr angeschlossenen Organisationen, politische Angelegenheiten zu erörtern, sondern ihr Zweck ist, durch die Bewirkung der gewerkschaftlichen Ideen die gesamte Kraft unserer gewerkschaftlichen Bewegung zu fördern, sie zur gegenseitigen Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen auszuweihen und die Arbeiterklasse vor der Degeneration durch den Kapitalismus zu bewahren. (Sehr wahr!) Die Herausgabe des „Korrespondenzblattes“ ist nicht Zweck, sondern ein Mittel zum Zweck der Generalkommission. Auch die christlichen usw. Gewerkschaften geben Korrespondenzblätter, mit politischen Artikeln darin, heraus, und wenn die mit diesen Gewerkschaften in Verbindung stehenden Parteien, also das Zentrum und die fortschrittliche Volkspartei, Arbeiterparteien wären, so wären sie genau so daran wie wir: es müßten Verhandlungen zwischen ihnen stattfinden. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei sind völlig getrennt voneinander. Würden die Gewerkschaften sozialdemokratische Vereine sein wollen, dann wäre es ja Unsin, sie mit den politischen Vereinen nicht zu verbinden. Da aber dieselben Personenkreise für die Gewerkschaften und für die sozialdemokratische Partei in Betracht kommen, so sind Verhandlungen zwischen beiden nötig, um Kollisionen, die sich aus dieser Gemeinsamkeit der Mitgliederkreise ergeben könnten, zu verhindern. Was die Beziehung des Internationalen Gewerkschafts- und Sozialistenkongresses anbelangt, so sind auf diesem Kongreß die Gewerkschaften vertreten, weil dort eine Reihe von Fragen behandelt werden, die unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse betreffen. Darauf zu verzichten, ist ganz unmöglich, selbst auf die Gefahr hin, daß uns daraufhin Herr Jagow für politisch erklärt. Wir könnten ja übrigens auch politisch sein bis zur Erschöpfung, wenn es sich nicht gerade um die Sozialdemokratie handeln würde. (Zustimmung.) Bewegt man uns, politische Vereine zu sein, dann könnten wir ja sagen, daß wir dies auch sein wollen. Ob es unseren

Gegnern eine Freude machen würde, wenn wir unsere ganze Agitationskraft in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen würden, das ist mir doch zweifelhaft. (Sehr richtig!) Wir würden damit aber auch den Interessen der Arbeiterklasse nicht dienen, denn die politische Partei hat Aufgaben anderer Art zu erfüllen als die Gewerkschaften. Der ganze Zweck der Agitation scheint ja zu sein, uns zu zwingen, die Forderungen aus unseren Organisationen hinauszubringen. Wir lassen uns aber unsere proletarische Jugend nicht nehmen (Stürm. Zustimmung), weder durch patriotischen Altrimbim, noch durch religiösen Fanatismus. Wir erziehen unsere proletarische Jugend für uns, und wir werden dazu die den gegebenen Verhältnissen anzupassende Form finden. — Nun sieht es so aus, als wenn in den Grenzfreizeitigkeiten trotz aller Bemühungen der Generalkommission eine Einigung unter den Gewerkschaften nicht erzielt werden kann. Das liegt schließlich nicht an dem bösen Willen der Beteiligten; aber wenn diese Frage sachlich unter dem Gesichtspunkt der Gesamtheit und nicht ausschließend vom Standpunkt der Verbandsinteressen aus behandelt würde, dann wäre vieles besser. (Lebh. Zustimmung.) — Die Entwicklung der Industrie zwingt uns zu neuen Organisationsformen. Der moderne Großbetrieb vereinigt die Arbeiter vieler, ja in einigen Fällen fast aller Berufe in sich. Da kann man es einer Organisation nicht überlassen, wenn sie die Aktionsfähigkeit der Arbeiter eines Betriebes durch die Vereinigung aller Arbeiter in einer Organisation zu stärken trachtet. Aber auf der anderen Seite haben wir in Deutschland eine ganze Reihe weitverbreiteter Betriebe, wo eine in sich abgeschlossene Betriebsarbeiterschaft vorhanden ist. Der Unterschied zwischen der Arbeiterschaft der kleinen und Mittelbetriebe und der Großbetriebe ist zu groß, als daß wir Betriebsorganisationen für absehbare Zeit schaffen könnten. Wir werden nach wie vor an der Berufsorganisation festhalten und die Schwerfächerleiter auszugleichen suchen. Die Generalkommission hat sich in den Grenzfreizeitigkeiten immer zur Herbeiführung eines Ausgleiches bemüht. In den meisten Fällen ist das denn auch geglückt. Die Schlagfertigkeit einer Organisation beruht nicht nur auf ihrer großen Mitgliederzahl, sondern auf dem inneren organisatorischen Zusammenhalt ihrer Mitglieder. Jedenfalls hat die Generalkommission in einigen Fällen empfohlen, bestimmte Arbeiterkategorien, die zu einem untrittenen Organisationsgebiet gehörten, an eine andere Organisation abzugeben. Das ist uns meistens sehr verübelt worden. Der leitende Gesichtspunkt wird immer sein, daß wir organisieren müssen, nicht um die Arbeiter und Arbeiterinnen in die Organisationen zu bekommen, sondern um unserer Gesamtarbeiterschaft zu helfen. Dieser Grundsatz soll auch auf diesem Kongreß erneut festgelegt werden. Wenn dabei auch einem vielleicht einmal ein Unrecht geschieht, so soll er nicht gleich ein großes Geschrei erheben. Das gilt besonders für die Transportarbeiter. Der große leitende Gedanke muß immer die Einheitlichkeit der Bewegung sein. (Zuruf bei den Transportarbeitern: Das haben wir immer getan!) So seht ihr aus! (Stürm. Heiterkeit.) Die Anpassung an die gegebenen Verhältnisse hat uns auch in der Frage der Bezirkssekretariate mit festen Beiträgen geleitet. Die Generalkommission schlägt Ihnen heute selber diese Organisation vor, obgleich sie früher einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Die ganzen Kosten hierfür zu decken, ist uns unmöglich, weil das eine Mehrausgabe von rund 200 000 Mark jährlich bedeuten würde. Wir wollen erst abwarten, ob ein Bedürfnis für die Kostenübernahme sich herausstellen wird. — Der Redner bespricht dann die Unterrichtskurse und stellt fest, daß die Wirkung dieses gewerkschaftlichen Erziehungsmittels erst abgewartet werden müsse. Unsere Mitgliederverluste betragen im dritten Quartal 1913 29 000, im vierten 48 000. Der Grund hierfür liegt nicht in Verbandsmüdigkeit, sondern in der neuen Wehrvorlage mit ihrer Neueinstellung von 56 000 jungen Leuten. Diese jungen Leute kommen zum größten Teile aus der Industriearbeiterschaft, denn die Gewerkschaftsbewegung bewahrt die industrielle Arbeiterschaft vor der Degeneration und körperlicher Minderwertigkeit. Nach einer genaueren statistischen Aufstellung des Buchdruckerverbandes hat sich ergeben, daß 1913 50 % ihrer Mitglieder mehr zum Militär eingezogen sind als 1912. Auf die Gesamtorganisation übertragen, ergibt das, daß 25 400 Organisierte durch vermehrte Einstellung zum Militär verloren gegangen sind. Es ist also nichts mit der Organisationsmüdigkeit. (Beifall.) Ohne die Mitarbeit der freien Gewerkschaften kann das Reichsstatistische Amt überhaupt keine Arbeiterstatistik mehr treiben. Vielleicht kommt es noch dahin, daß auch diese staatliche Institution für politisch erklärt wird. (Heiterkeit.) Meinen heutigen Bericht werden wohl nicht alle Delegierten so hinnehmen, wie das vor drei Jahren in Dresden geschah. Die Generalkommission hat sich ja bei den Grenzfreizeitigkeiten schuldig gemacht, nicht beiden Seiten Recht gegeben zu haben. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß wir uns alle von dem Gesichtspunkte leiten lassen müssen, den Interessen der Gesamtheit zu dienen. In dieser Ueberzeugung sehen wir Ihrer Kritik mit Ruhe entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Kajetzer Kube gibt den Kassenbericht: Die finanziellen Anforderungen an die Generalkommission und die Notwendigkeit einer gründlichen Arbeit bei den Wahlen zu den Kassenkassen und Versicherungsämtern, die ja zum ersten Male nach der neuen Reichsversicherungsordnung erfolgten, bedingen eine Erhöhung der Einnahmen der Generalkommission. Weitere erhebliche Kosten verursacht die vom 1. Januar 1915 ab als selbständige Zeitschrift erscheinende Arbeiterrechts-Beilage des „Korrespondenzblattes“. Eine Erhöhung der großen Beiträge ist dringend erforderlich. Der Sonderfonds für Streiks und Auspierungen balanciert in der Berichtsperiode mit ca. 1,6 Millionen Mark. Aus ihm haben auch ausländische Organisationen Unterstützungen erhalten. Die deutschen Gewerkschaften haben nach jeder Richtung hin ihre Schuldigkeit getan. (Bravo!)

Die Diskussion eröffnet Lange-Berlin (Handlungsgehilfe), der scharf die Beteiligung hervorragender Gewerkschaften an den Diskussionsabenden der Gesellschaft für soziale Reform und ihrem Organ tadelt. Die Gesellschaft hat in der Frage des Konkurrenzklauseleges einseitige Agitation im Interesse der Unternehmer betrieben. Nur die freien Gewerkschaften eignen sich für die Angelegenheitsbewegung. — Pfeiffer-Chemnitz (Buchbinder) begründet einen Antrag, mehrere Male im Jahre öffentliche Aufforderungen zu erlassen, durch die Eltern, Vormünder und Erzieher ihre Angehörigen den Gewerkschaften zuführen. — Kendorff-Bremen (Tabakarbeiter) unterstützt diesen Antrag: Er ist besonders notwendig für diejenigen Organisationen, in deren Gewerbe viele Frauen und Jugendliche beschäftigt sind, und deren Produktionsstätten in entlegenen Gegenden liegen. — Forter-Karlsruhe (Bauarbeiter) begründet einen Antrag, unter den Ausländern verstärkte Agitation zu betreiben, weil diese besonders im Bergbau und im Textilgewerbe als Lohnrücker wirken. Für diese Agitation kommen in erster Linie die Italiener in Betracht. Die italienische Arbeiterpresse greift uns vielfach an. Sie könnte allmählich einwirken, daß unser System besser ist als das ibrige mit den Eintagsrepubliken. (Heiterkeit.) — Fack-Berlin (Landarbeiterverband) gibt längere Erklärung ab, die sich gegen einen Artikel des Genossen Dr. Arthur Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“ über „Landarbeiterverband und Landarbeiterorganisation“ wendet. Dr. Schulz ermangete der

Sachkenntnis und seine, der Wahrheit widersprechenden Behauptungen würden vor den Gegnern wahrlich ausgenutzt. — Frau Remann-Berlin (Schneiderverband) fordert, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder anhalten sollten, dafür zu sorgen, daß die in der Heimarbeit tätigen Frauen und Töchter organisiert werden. — Robert Schmalz-Berlin: Die Gesellschaft für soziale Reform hat belanbats für die Heimarbeit gute Arbeit geleistet. Wir legen Wert darauf, daß die Stimme der freien Gewerkschaften bei jeder Tagung, die sich mit Sozialpolitik beschäftigt, auch in uns fernstehenden Kreisen gehört wird. Auch an den Konferenzen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise beteiligen wir uns. Die Tätigkeit Langes und die Stellungnahme seines Verbandes haben sie nicht davor behütet, mit bürgerlichen Organisationen in einzelnen Fällen zu arbeiten. Die Gesellschaft für soziale Reform ist niemals für die Gesellen eingetreten, auch in der Frage der Tarifverträge legen wir Wert darauf, daß unser Standpunkt auch in den Kreisen der bürgerlichen Sozialpolitik vertreten wird. Das Geschrei der Scharfmacher über den sogenannten Terrorismus der Gewerkschaften findet bei ihnen genau dieselbe Ablehnung wie bei uns. Ihre Kundgebung für die Fortführung der Sozialreform begrüßen wir freudig als eine Hilfsaktion. Wir müssen es ablehnen, mit der Scharfmacherpresse in bezug auf die Beurteilung der Gesellschaft für soziale Reform an einem Strang zu ziehen. Ohne die Unterstützung bürgerlicher Sozialreformer können wir auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht weiter. Dabei leiden wir an unseren Grundfragen keinen Schaden. Nur wer sich unsicher fühlt in diesen Grundfragen, kann ihre Ershütterung bewirken, nicht aber ein fester Gewerkschaftler. (Bravo!) — Reichstagsabgeordneter Siebel: Ich bin ein Gegner des Beschlusses der Vorstandskonferenz, der die Mitgliedschaft bei der Gesellschaft für soziale Reform freigibt; denn diese will den Ausgleich der Klassengegensätze herbeiführen, während wir auf dem grundsätzlichen Boden des Klassenkampfes stehen. Es darf nicht Verwirrung und Unklarheit in die Massen gebracht werden. — Baeplow-Hamburg (Bauarbeiter): Die vorliegenden Resolutionen werden uns nicht weiter bringen. Daß eine Gewerkschaft ein Mitglied ausschließt, weil es so unverständig ist, nicht für die Organisation seiner weiblichen Familienangehörigen zu sorgen, muß ich ablehnen. Wir müssen den Vorgängen im Auslande unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Es gibt dort Organisationen, die die deutschen Gewerkschaften als die reinen Geldmaschinen bezeichnen, ohne daß diese Leute das geringste Verständnis für den Aufbau unserer Organisation hätten. In den Veranstaltungen der bürgerlichen Sozialreformer haben wir uns viel zu lange nicht beteiligt. (Sehr wahr!) — Wisel (Zentralarbeitssekretariat) schließt sich in dieser Frage Baeplow völlig an. — Umbreit (Generalkommission) vertritt denselben Standpunkt und erklärt, daß es von den bösesten Folgen begleitet sein würde, wenn man sich grundsätzlich von bürgerlichen Sozialreformbestrebungen fernhalten wollte. Ebenso bedauerlich ist es, daß die Gewerkschaften der Intern. Vereinigung f. geschl. Arbeiter-schutz nicht angeschlossen sind. Heute nehmen an ihren Verhandlungen nur die Christen und die Kirch-Dunkerschen als die Sprecher der deutschen Arbeiterschaft teil. Sie können das Vertrauen zu den deutschen Arbeitervertretern haben, daß sie auf solchen Tagungen die Arbeiterinteressen nicht verraten wird. (Sehr gut!) Scheuen wir uns nicht vor tätiger Mitarbeit. (Lebh. Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Legner (Schlußwort): Es ist ganz richtig, daß wir uns der Mitarbeit in einer Gesellschaft, wie es die Gesellschaft für soziale Reform ist, auf die Dauer nicht entziehen können. Es kommen da eine ganze Reihe von Fragen zur Erörterung, die die Interessen der Arbeiterschaft aufs engste betreffen. Wie können wir von diesen Gesellschaften verlangen, daß sie Beschlüsse in unserem Interesse fassen, wenn wir in ihnen nicht mitarbeiten. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß wir diesen Gesellschaften korporativ als Mitglieder angehören müssen. Wir können keinen entscheidenden Einfluß ausüben, wir können überstimmt werden und müssen dann die Verantwortung für die gefassten Beschlüsse tragen. Nur das hindert uns, zurzeit Mitglied zu werden, obwohl das, was die Gesellschaft für soziale Reform tut, von uns unterstützt werden kann. Es handelt sich hier eben um keine Prinzipien- sondern um eine reine Zweckmäßigkeitfrage. Der Redakteur der „Sozialen Praxis“ Dr. Heyde gibt durch mich die Erklärung ab, daß Gegenartikel in der Frage der Konkurrenzklause ihm weder von Lange noch von anderer Seite eingereicht worden sind. Im Gegenteil habe Professor Brande ein Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten aufgefordert, einen Gegenartikel zu schreiben, was aber nicht geschehen sei. (Hört, hört!) Zu besprechen wäre dann noch die Stellungnahme des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen zum Allgemeinen Bankbeamten-Verein und ähnlichen Angestelltenorganisationen. Ich glaube, daß der Handlungsgehilfen-Verband diesen Organisationen gegenüber nicht ganz richtig gehandelt hat. Gewiß sind diese Organisationen der Generalkommission nicht angeschlossen, aber doch nur weil diese Angehörtenkategorien dafür noch nicht reif sind. Es ist immer besser, daß die Angehörten sich einer solchen durchaus auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Organisation anschließen, als daß sie ganz unorganisiert bleiben. Diese Angestelltenverbände würden heute ihren großen Einfluß auf einen Teil ihrer Mitglieder verlieren, wenn sie sich der Generalkommission anschließen würden. Für uns aber erwacht daraus die Pflicht, diese Organisationen nach Kräften zu unterstützen. (Beifall.)

Eine Reihe von Anträgen auf verstärkte Organisation, namentlich unter den fremdsprachigen Arbeitern, wurde angenommen und die weitere Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Berufsverklärung durch Unternehmer. Im vorigen Jahre veröffentlichte der Vertrauensmann des Verbandes der Malergehilfen Spandaus in der „Spandauer Zeitung“ ein Interat, in dem er die Einwohner Spandaus ersuchte, die Malergehilfen in dem Lohnkampf, den ihnen die Unternehmer aufgezwungen hatten, zu unterstützen. Die Unternehmer hatten die Gehilfen wegen Lohnunterschieden ausgesperrt. 17 der Anzahl angehörende Unternehmer stellten deshalb gegen den Vertrauensmann Georg Snylowski den Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft. Sie wurden jedoch auf den Weg der Privatklage verwiesen. Das Schöffengericht sprach Snylowski frei, weil er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und da das Wort frißlos in dem gebrauchten Sinne nicht die Absicht der Beleidigung enthalte. In der Berufungsverhandlung am Mittwoch vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III Berlin, in der Rechtsanwalt Wolfgang Heine den Angeklagten verteidigte, wiederholte der Beklagte, daß er nicht die Absicht hatte, die persönlichen oder geschäftlichen Interessen der Privatkläger zu schädigen. Er habe lediglich die Interessen des Malergehilfenverbandes wahrnehmen wollen. Darauf erklärten die Privatkläger, daß sie die Privatklage zurückziehen, die Kosten übernehmen und auch dafür wirken werden, daß der Angeklagte wieder in Spandau Beschäftigung erhalte, die er seit jenem Interat nicht mehr gehabt habe.

Der ungeheure Kapitalismus in Ost. Aus Petersburg wird uns vom 19. Juni gemeldet: Laut den neuen

